thonlauf gewann. Anläßlich der Olympischen Spiele 1996 in Atlanta wurde der nun 84 Jahre alte, in Seoul (Südkorea) lebende Sportler von einem FAZ-Journalisten gefragt: »Hat es Ihnen je etwas ausgemacht, Ihren Marathonsieg bei Spielen in Nazideutschland errungen zu haben?« Der Goldmedailleninhaber antwortete darauf: »Nein. Eigentlich möchte ich über Politik nicht nachdenken. Nach meinem Sieg haben deutsche Soldaten mein Bett im Olympischen Dorf mit Rosen geschmückt. Ich habe nach meinem Sieg den japanischen Delegationsleiter gefragt, ob er ein Zusammentreffen mit HITLER arrangieren könnte. HITLER kam von der Ehrentribüne zu mir in einen dahinter gelegenen Raum, was mich sehr ehrte. In Korea ginge ein Staatschef nie auf einen kleinen Sportler zu. Er hat mich mit Handschlag begrüßt, ich erinnere mich, wie groß seine Hände waren. Ich hatte sechs HITLER-FOtos mitgebracht, und er hat sie signiert. Er glaubte, ich sei Japaner, und hat zu mir gesagt, ich solle nach meiner Rückkehr etwas für die Jugend in Japan tun. Ich habe ihm gesagt, daß ich meinen Sieg der Anfeuerung der Menge an der Strecke verdanke. Da hat HITLER gelacht und mir wohlwollend auf die Schulter geklopft.«

Aber warum darf man in Deutschland eigentlich nicht stolz sein auf diese Olympiade, die ohne Terroranschläge stattfand und nach dem Urteil der angeblich rassisch benachteiligten Helene MAYER, die auch schon an der Olympiade in Amsterdam teilgenommen hatte, »der Höhepunkt aller Olympiaden« war?[3]

Der 29jährige Son KITEI im Endspurt durch das Zielband. Mit ihm gewann Japan zum ersten Mal die längste Laufstrecke der Olympischen Spiele.

»In dieser herzlichen Feststimmung konnten die Olympischen Spiele 1936 in einem grandiosen Rahmen und in einer Atmosphäre allgemeiner Sympathie, die durch keine politischen Schwierigkeiten getrübt wurde, stattfinden.«
Der IOC-Präsident von 1936 Henri Graf DE BAILLET-LATOUR.

[3] Vgl. den ähnlichen Fall Jesse OWENS im folgenden Beitrag Nr. 110: »Jesse Owens und Adolf Hitler«.

Jesse Owens und Adolf Hitler 1936

Im Jahre 1936 fand in Berlin die XI. Sommer-Olympiade statt, an der 51 Nationen teilnahmen. Sie wurde am 1. August 1936 durch Reichskanzler Adolf HITLER eröffnet.

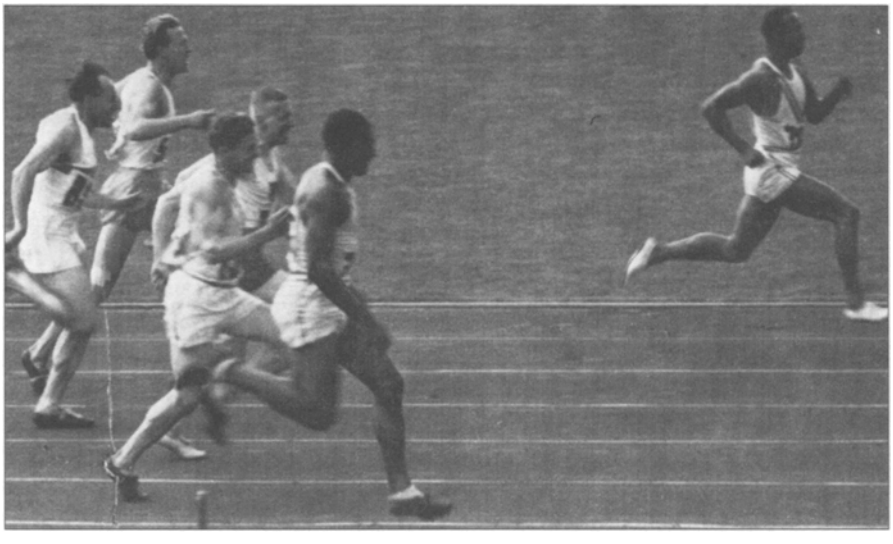
Jesse OWENS.

Einer der erfolgreichsten unter den Olympiakämpfern dieser Sommerspiele war der amerikanische Neger Jesse OWENS, der in Berlin vier Goldmedaillen für die USA gewann. Außer ihm hatte bis dahin nur der finnische Läufer Paavo NURMI 1924 vier Goldmedaillen errungen. Über den schwarzen Sportler OWENS wurde im Zusammenhang mit HITLER eine dumme Lüge weltweit verbreitet. Es hieß, HITLER habe sich geweigert, OWENS die Hand zu geben und zur Goldmedaille zu gratulieren.

Diese Lüge wurde durch den ehemaligen Reichsjugendführer Baidur VON SCHIRACH nach 1945 bestärkt. Er veröffentlichte nach zwanzigjähriger Haft in Spandau ein Buch[1] mit dem Titel *Ich glaubte an Hitler*. Im Kleindruck steht zu lesen: »Dokumentation: Jochen VON LANG«. Dies ist ein Stern-Redakteur (wahrer Name: PIECHORSKI), der sicherlich mancherlei >Mithilfe< bei dem Buch geleistet hat. SCHIRACH schreibt (S. 217): »Star der Olympischen Spiele 1936 war der Sprinter Jesse OWENS, ein farbiger Amerikaner. Wenn HITLER im Stadion war, beglückwünschte er in seiner Loge die Sieger. Als Jesse OWENS den Hundertmeterlauf gewonnen hatte, sagte HITLER: Die Amerikaner sollten sich schämen, daß sie sich ihre Medaillen von Negern gewinnen lassen. Ich werde diesem Neger nicht die Hand geben.«

Das ist frei erfunden. In Wirklichkeit wurden bei keiner Olympiade Siegerehrungen und Medaillenverleihungen vom Staatsoberhaupt des gastge-

[1] Baldur VON SCHIRACH, *Ich glaubte an Hitler*, Mosaik, Hamburg 1967.



Jesse OWENS auf dem Weg zum ungefährdeten Sieg.

benden Landes vorgenommen. Nur der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) oder ein von ihm ernannter Stellvertreter durfte die Ehrung vornehmen. Als HITLER in Unkenntnis dieser Gepflogenheit zunächst die Sieger in die Führerloge bat, um ihnen zu gratulieren, ließ der damalige Präsident des IOC, Graf Henri DE BAILLET-LATOUR, HITLER wissen, daß man diese Gratulation nicht wünsche. HITLER nahm das zur Kenntnis und hielt sich dann an diesen Wunsch. Er empfing später deshalb auch Jesse OWENS nicht.

Jesse OWENS wurde nie und nirgends in Berlin diskriminiert. 1936 kam in Deutschland ein offizieller Olympiade-Band heraus.[2] Darin ist Jesse OWENS zum Beispiel auf den Seiten 17, 23, 26 und 27 positiv in Abbildungen herausgestellt. Sein Name ist zu beiden Seiten des Marathontores des Olympia-Stadions in Berlin dann eingemeißelt (S. 165) und mit Blei ausgegossen worden, wie bei den anderen Siegern auch.

OWENS hat in seinem Buch *Blackthink?* kein Wort über irgendwelche Diffamierungen bei der Olympiade 1936 geschrieben. Er führte aber viel von seinem persönlichen Elend und seiner Benachteiligung als Neger in den USA an. Kurz vor seinem Tod hat er eine ausdrückliche Richtigstellung gegenüber *Associated Press* (AP) gegeben.[4] Er bestätigt darin, von HITLER nicht diskriminiert worden zu sein.

Der amtierende Präsident des westdeutschen Olympischen Komitees, Willi DAUME, 1936 mit der Basketball-Mannschaft Olympiade-Teilnehmer,[5] brachte diese Richtigstellung ebenfalls bei einem festlichen Büffet anläßlich der Umbenennung der Berliner >Stadion-Allee< in >Jesse-Owens-Allee< 1984. Jahrelang hatte der >Nazi-Jäger< Simon WIESENTHAL auf diese Umbenennung gedrängt, um >Wiedergutmachung< (!) an Jesse OWENS zu üben. »Willi DAUME korrigiert eine alte Legende«, schrieb damals *Die Welt.* WIESENTHAL habe sich empört, verständlicherweise: »Aus einer Wiedergutmachung für Jesse OWENS ist eine Ehrenrettung für Adolf HITLER geworden.«[6]

Abschließend sei ausgeführt, wie ein Engländer die Verhältnisse im Jahre 1936 in Deutschland sah: »Man mag heute darüber sagen, was man will: Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in HITLER. ..

Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. HITLER hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte den Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt.«[7]

»Als ich am Kanzler vorbeikam, stand er auf, winkte mir zu, und ich winkte zurück. Ich denke, die Journalisten zeigten schlechten Geschmack, als sie den Mann der Stunde so kritisierten.«
Jesse OWENS, in: *The Jesse Owens Story,* 1970.

[1] Fotomechanischer Nachdruck vom März-Verlag, Frankfurt/M. 1972.
[3] Jesse OWENS, *Schwarze Gedanken. Ein Leben als schwarzer und weißer Mann,* Schropp, Dortmund 1972.
[4] Gekürzt in: *Tampa Tribune,* 1. 4. 1980, S. 1, und in: *Newsweek,* 14. 4. 1980.
[b] *Der Spiegel* Nr. 1, 1986, S. 133.

[6] *Die Welt,* zit. in: *Mitteilungen Freundeskreis der Stiftung Soziales Friedenswerk Steiermark,* Nr. 2, 1985.

[7] Sefton DELMER, *Die Deutschen und ich,* Nannen, Hamburg 1961, S. 288.

Burckhardt dankt Hitler 1936

In dem trotz seiner Einseitigkeiten und unzulässigen Pauschalierungen von den deutschen Medien hochgelobten Buch *Hitlers willige Vollstrecker* des US-Politologen GOLDHAGEN[1] werden die Deutschen in ihrer Allgemeinheit des Antisemitismus und der Beteiligung an den Judenverfolgungen von Beginn des Dritten Reiches an beschuldigt. Jeder habe von Anfang an wissen müssen, wohin alles laufe und welcher >Verbrecher< HITLER sei. Im Gegensatz dazu stehen höchst eindeutige Erklärungen international angesehener Ausländer zu den damaligen Verhältnissen in Deutschland. Als Beispiel sei der Brief des Schweizers Carl Jacob BURCKHARDT vom 23. Mai 1936 an HITLER angeführt:

Carl Jacob BURCKHARDT.

»COMITE INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

GENEVE, le 23. V. 1936 Villa Moynier, Rue de Lausanne 122

An S.E. den Herrn Reichskanzler und Führer Adolf HITLER Reichskanzlei.

BERLIN

Herr Reichskanzler,

durch Vermittlung des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes wurde mir die Einladung übermittelt, die Sie, Herr Reichskanzler, die große Güte hatten an mich richten zu lassen.

Großzügige Gastfreundschaft und hervorragende Organisation haben es mir möglich gemacht, in einer kurzen Woche quer durch Deutschland die wahrhaft faustische Leistung der Reichsautobahn und des Arbeitsdienstes kennen zu lernen. Was mir einen besondern und bleibenden Eindruck hinterließ, ist der freudige Geist der Zusammenarbeit, der sich überall kundtat. Diese aufbauenden Leistungen, die großzügig angelegte soziale Fürsorge, bildeten für mich eine notwendige Ergänzung der Eindrücke, die ich bei meiner andern Reise nach Deutschland, im Auftrage des Komitees vom Internationalen Roten Kreuz, im Oktober des letzten Jahres gewann.

Nicht genug kann ich das Entgegenkommen der verschiedenen Herren hervorheben, die durch Führung und Erläuterung mir alles Geschaute aufschlossen. Indem ich, Herr Reichskanzler, nochmals meinen tiefgefühlten Dank ausspreche, ersuche ich Sie, den Ausdruck meiner verehrungsvollen Ergebenheit entgegennehmen zu wollen.«

Auch hohe Kirchenführer waren damals von den Verhältnissen in Deutschland beeindruckt und hielten Entsprechendes fest. So liest man in den Akten des Kardinals Michael VON FAULHABER über sein Gespräch mit HITLER am

[1] Daniel GOLDHAGEN, *Hitlers willige Vollstrecker,* Siedler, Berlin 1996.

4. Januar 1936, das von 11 bis 14 Uhr mit abschließendem gemeinsamen halbstündigen Mittagessen in der Nische des Speisesaals auf dem Obersalzberg dauerte, folgendes:[2]

»Die erste Stunde redete der Führer allein, freimütig, vertraulich, gemütvoll, teilweise temperamentvoll.

Die zweite Stunde konnte ich, fast ohne Unterbrechung, auf die Gedankengänge des Führers antworten und eigene Punkte vorbringen, in der dritten Stunde gab es ein immer mehr sich entspannendes Zwiegespräch... Der Führer: >Ohne Gottesglauben können die Menschen nicht sein. Der Soldat, der 3 oder 4 Tage im Trommelfeuer liegt, braucht einen religiösen Halt. Gottlosigkeit ist Leerheit.<

Ich erwiderte: >Die herrlichen Glaubensbekenntnisse, die der Führer bei verschiedenen Gelegenheiten und gerade in den feierlichsten Reden abgelegt habe, noch diesen Sommer in der Schlußrede des Parteitages in Nürnberg und auf dem Bückeberg, Bekenntnisse, wie man sie aus dem Munde von Leon BLUM, etwa in dessen geistesarmer Antwort auf die Nürnberger Rede, aber (auch, H. W.) bei anderen Staatsmännern vergeblich suche, hätten in der Welt sicher einen tiefen Eindruck gemacht...

Der Führer beherrscht die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen mehr, wie ein geborener Souverän sie beherrschte.. .<«

»Wohin nach den Olympischen Spielen reisen?« Titelblatt der Zeitschrift *Allemagne,* 8/1936. Deutschland genießt 1936 in Europa wieder Ansehen.

Aus dem deutschen Friedensplan vom 31. März 1936

Zitiert in: FZ, *Verschwiegene Dokumente,* Bd. 1, München [5]1999, S. 148 ff.

».. .19. Deutschland schlägt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden. .. Nach dem Abschluß eines solchen großen Werkes der europäischen Friedenssicherung hält es die deutsche Reichsregierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uferlosen Wettrüsten durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten... Die deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen. .. vor: 1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben. 2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden. 3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern. 4. Abschaffung und Verbot des Baus von Tanks schwerster Art. 5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie...

Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.«

[2] Erzbischöfliches Archiv München, Nachlaß Faulhaber Nr. 8203; Ludwig VOLK, *Akten Kardinal Michael von Faulhabers,* Band II, S. 184 ff.; zit. in: *Der Freiwillige,* Nr. 9, 1991, S. 16.

Deutschland 1936 im Urteil von Ausländern

Heute wird oft den Deutschen der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts vorgeworfen, sie hätten schon 1933 oder bald danach erkennen müssen, welche Entwicklung der Nationalsozialismus nehmen würde. Abgesehen davon, daß dieser Weg nicht fest vorgeschrieben war und stark von einzelnen Maßnahmen der Nachbarländer abhing, wurde die Zukunft auch im Ausland sehr unterschiedlich beurteilt.

Bereits wenige Jahre nach HITLERS Machtübernahme hatten sich in Deutschland die Verhältnisse grundlegend geändert. Es gab zwar kritische Urteile im Ausland wegen der zunehmenden Verstöße gegen das Versailler Diktat, deren sich allerdings auch die Alliierten schuldig machten; wegen der Abschaffung der Parteien, die sich größtenteils selbst aufgelöst hatten; wegen der >Blut- und Boden<-Gesetzgebung, die das deutsche Volk erhalten sollte; wegen des wachsenden Antisemitismus, der in anderen Ländern wie Polen noch stärker war; wegen der Konzentrationslager, aus denen die meisten Häftlinge nach der Festigung der NS-Regierung wieder entlassen worden waren.

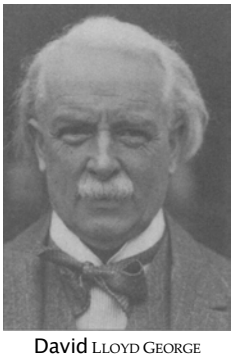
Es gab aber auch gewichtige Stimmen, die sachlich die neue Lage beurteilten. Einige Beispiele aus der Feder von sicher nicht der Freundschaft für den Nationalsozialismus verdächtigen Personen seien angeführt.

Der britische Zeitungsverleger Lord Harold Sidney Harmsworth ROTHERMERE (1868-1940), der von seinem Bruder Lord NORTHCLIFFE dessen Zeitungskonzern geerbt hatte und Abgeordneter war, veröffentlichte in seinem Massenblatt *Daily Mail ab* 1933 mehrere Serien von Artikeln über das damalige Deutsche Reich. So schrieb er 1934 zu Vorwürfen über HITLERS >Diktatur<: »Nein, die Mehrheit der Bevölkerung gehorcht nicht aus Furcht, sondern mit freudigem Vertrauen. .. Es mag sein, daß in Deutschland einzelne Übergriffe vorgekommen sind, aber im Vergleich mit anderen Revolutionen, die viel kleiner waren, haben die Deutschen ein Beispiel der Mäßigung gegeben.« *Daily Mail,* 22. 1. 1934.

Ende 1934 veröffentlichte er einen Artikel »Deutschland wieder auf den Beinen«, in dem es heißt: »Der Glaube verrichtet Wunder. Die Deutschen haben einen neuen und mächtigen Glauben gefunden. Er hat das Wunder bewirkt, daß die Berge von Schwierigkeiten, die den Weg zur nationalen Wiedergeburt versperrten, versetzt wurden.
Aber er hat noch mehr erreicht. Er hat Deutschland eine neue Seele gegeben. Die letzten zwei Jahre haben eine Entwicklung gezeigt, die in ihren politischen Wirkungen ebenso tief und weitreichend ist wie die Französische Revolution.

Niemals in der Geschichte hat sich ein solcher Wandel in dem Charakter einer Nation, in ihren inneren Lebensbedingungen, in ihrer internationalen Stellung, ja sogar in der Haltung des Volkes in so kurzer Zeit vollzogen. .. Deutschland ist das neue Sparta. Der gleiche Geist nationaler Zucht und Selbstaufopferung, der den wenigen tausend Einwohnern eines kleinen griechischen Stadtstaates einen dauernden Platz in der Geschichte eintrug, wird jetzt wieder von 67000000 bewiesen, die in mancher Beziehung die klügsten, fleißigsten, kühnsten und tüchtigsten Menschen der Welt sind. .. Ohne HITLER wäre dies alles nicht gelungen. Mit ihm sind Grenzen der Vorwärtsentwicklung, durch welche eine Welt in Staunen versetzt wird, nicht abzusehen. .. Jeder, der Deutschland besucht, kann für seine Person die tatsächlichen Ergebnisse der Herrschaft HITLERS sehen.« Und er zählt dann im einzelnen sieben Beispiele auf. Dann fährt er fort: »Jeder ehrliche Mensch, der Deutschland in den Tagen vor HITLER kannte, wird einräumen, daß diese Taten ein Wunder nationaler Wiedergeburt darstellen.«
Daily Mail, 28. 12. 1934.

Über HITLER persönlich urteilte ROTHERMERE nach Besuchen beim Reichskanzler: »HITLER ist stolz darauf, sich einen Mann des Volkes zu nennen, aber trotzdem hinterließ jede Zusammenkunft mit ihm in mir den Eindruck, daß er ein großer Gentleman ist. Er gibt sich einem Gast gegenüber sofort zwanglos. Ist man fünf Minuten mit ihm zusammen, so hat man das Gefühl, daß man ihn schon seit langem kenne. Seine Höflichkeit ist mit Worten nicht zu beschreiben, und Männer wie Frauen nimmt er in gleicher Weise durch sein jederzeit entwaffnendes Lächeln für sich ein. Er ist ein Mann von seltener Kultur. Seine Kenntnisse in Musik, Malerei und Baukunst gehen tief.«
Daily Mail, 20. 5. 1938.


David LLOYD GEORGE (1863-1945).

Der frühere englische Premierminister (1916-1929) David LLOYD GEORGE (1863-1945) besuchte 1934 Deutschland und schrieb darüber im *Daily Express* unter anderem: »Es ist nicht das Deutschland der ersten zehn Nachkriegsjahre - gebrochen, niedergeschlagen und gebeugt von einem Gefühl der Sorge und Unfähigkeit. Deutschland ist jetzt wieder voller Hoffnung und Vertrauen und mit einem Gefühl der Entschlossenheit erfüllt, sein eigenes Leben ohne Einmischung irgendeines äußeren Einflusses zu führen. Zum ersten Male seit dem Kriege ist ein allgemeines Gefühl der Sicherheit vorhanden. Das Volk ist freudiger. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Ein Mann hat dieses Wunder vollbracht. Er ist ein geborener Menschenführer, eine magnetische dynamische Persönlichkeit mit einem einheitlichen Ziel, mit einem entschlossenen Willen und einem furchtlosen Herzen. Er ist nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich der nationale Führer. Er hat das Volk gegen potentielle Feinde geschützt, von denen es umgeben war. Was seine Volkstümlichkeit

besonders unter der Jugend betrifft, so kann darüber nicht der geringste Zweifel bestehen. Die Alten vertrauen ihm, die Jungen vergöttern ihn. Es ist nicht Bewunderung, die einem volkstümlichen Führer zuteil wird, es ist die Verehrung eines Nationalhelden, der sein Land von äußerster Verzweiflung und Erniedrigung gerettet hat. HITLER ist der George WASHINGTON von Deutschland - der Mann, der für sein Land die Unabhängigkeit von allen seinen Unterdrückern gewonnen hat.«

Daily Express, 17.9.1934, nach: Hans GRIMM, *War um- woher- aber wohin?,* Klosterhaus-Verlag, Lippoldsberg [8]1979, S. 152.

LLOYD GEORGE kam am 4. September 1936 zu einem dreistündigen Gespräch mit HITLER auf den Obersalzberg. Als er anschließend nach Berchtesgaden zurückfuhr, begrüßte ihn seine Tochter Megan vor dem Hotel lachend mit erhobener Hand und rief »Heil HITLER!« Darauf antwortete LLOYD GEORGE: »Jawohl, Heil HITLER das sage ich auch, denn er ist wirklich ein großer Mann.« Zitiert in: Max DOMARUS, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945,* Bd. I, 2, S. 636.

Über seine Gespräche mit HITLER und den Besuch in Deutschland veröffentlichte LLOYD GEORGE einen ausführlichen Artikel unter der Überschrift »Ich sprach mit HITLER«, in dem es heißt: »Mit Recht hat er (HITLER) in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in vier Jahren ein neues Deutschland geschaffen. .. Dies ist die neue Stimmung unter der deutschen Jugend. Mit fast religiöser Inbrunst glaubt sie an die Bewegung und an ihren Führer. Das hat mich mehr als alles andere beeindruckt, was ich während meines kurzen Aufenthaltes im neuen Deutschland erlebt habe. Es herrscht dort eine Atmosphäre der Erweckung, außergewöhnlich wirkungsvoll für die Einigung der Nation. Katholiken und Protestanten, Preußen und Bayern, Unternehmer und Arbeiter, reich und arm wurden zu einem Volk zusammengeschlossen. Konfessions-, Stammes- und Klassenherkunft spalten das Volk nicht mehr. Es herrscht ein leidenschaftliches Streben nach Einigkeit, geboren aus harter Notwendigkeit.«
Daily Express, 17. 9. 1936; nach: Udo WALENDY, *Wahrheit für Deutschland,* Verlag für Volkstum und Zeitgeschichte, Vlotho 1964, S. 51.

Der frühere englische Kriegsminister Lord MOTTISTONE segelte im Sommer 1935 in seinem Boot >Mayflower< die deutsche Ostseeküste bis nach Ostpreußen entlang, »um die Wahrheit über die Stimmung in Deutschland zu erkunden«, und schrieb darüber sein Buch *Mayflower seeks the Truth.* »Hauptsächlich aber wollte ich wissen, ob es wirklich richtig sei, daß Deutschland mit einem in der ganzen Welt beispiellosen Erfolg gegen die Arbeitslosigkeit gekämpft habe und, falls dies so sei, wodurch ihm das gelungen sei. War dem Volk

gegen seinen Willen - also durch rohe Gewaltherrschaft - ein starres System aufgezwungen worden, oder gab es wirklich eine spontane Bewegung im ganzen Volk?«
Als Ergebnis seiner persönlichen Beobachtung hat er festgehalten: »Nur wer das Elend einer völligen finanziellen und politischen Zerrüttung erlebt hat, wie sie einer Niederlage folgt, kann begreifen, welch eine Erlösung eine feste Regierung - und sei sie auch eine Diktatur - für ein erschöpftes Land bedeutet. .. Unter diesem System ist das Problem der Arbeitslosigkeit mit Kühnheit und Umsicht angepackt und die Jugend. . . seelisch und körperlich gefestigt worden. Die Jugend hat heute ein Gefühl von Verantwortung gegenüber dem Staat, das sich gründet auf das Verantwortungsgefühl des Staates für die Jugend. .. Aber der Geist der Hingabe an die Nation, den Adolf HITLER in Deutschland erweckt hat, bewährt sich als ein mächtiger Faktor, an dem die Kritik seiner ungewöhnlichen Finanzmethoden zunichte wird; und soviel ich sehen kann, gibt es heute keinen Sachverständigen, der mit Überzeugung behaupten könnte, die ungeheuren Anstrengungen Deutschlands, sich wieder aufzurichten, seien vergeblich.«
Der englische Staatsmann faßte seine Erfahrungen als Rat an seine Landsleute zusammen: »Wir haben viel zu lernen von den regen Deutschen, die sich jetzt in dem Entschluß zusammengefunden haben, Arbeit zu schaffen und auch ihren ärmsten Volksgenossen ein besseres Dasein und bessere Zukunftsaussicht zu geben. Der Bolschewismus und Kommunismus sind in Deutschland verbannt, aber die Reaktion und der Schlendrian sind ebenfalls verbannt. Was in Deutschland erreicht worden ist, können wir in England auch und sogar besser leisten. Es wird Zeit, daß wir an die Arbeit gehen.« Lord MOTTISTONE, *Auf der Suche nach Wahrheit,* Stuttgart 1937, S. 9, 12 u. 123; nach: Hans GRIMM, *Warum-woher-* ABER WOHIN? Klosterhaus-Verlag, Lippoldsberg [8]1979, S. 150 f.

Winston CHURCHILL.

Der frühere mehrfache britische Minister (1906-1915,1917-1922,1924-1929, 1939-1940) und spätere Premier (1940-1945,1951-1955) Winston CHURCHILL (1874-1965) veröffentlichte 1935 einen Aufsatz unter dem Titel »Die Wahrheit über HITLER«, in dem es unter anderem heißt: »Während alle schrecklichen Veränderungen in Europa sich ereigneten, kämpfte der Gefreite HITLER seine lange ermüdende Schlacht um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen und zu versöhnen - jedenfalls sich durchzusetzen gegenüber allen Autoritäten, die seinen Weg versperrten. Er und die immer wachsenden Scharen derer, die sich ihm anschlossen, zeigten in ihrem patriotischen Feuer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht zu tun oder zu wagen bereit wären, kein Opfer von Leben,

Gesundheit, Freiheit, das sie nicht selbst bringen oder ihren Gegnern auferlegen würden.«
Winston CHURCHILL, »Die Wahrheit über Hitler«, in: *Strand Magazine,* November 1935; nach: Hans GRIMM, *Von der verkannten Wirklichkeit*, Klosterhaus-Verlag 1972, S. 79.

Und noch 1937 schrieb CHURCHILL bewundernd: »Man kann HITLERS System mit Abneigung gegenüberstehen, aber trotzdem seine patriotischen Großtaten bewundern. Sollte unser Land einmal besiegt werden, so hoffe ich, daß wir einen Vorkämpfer des gleichen Schlages finden, der imstande ist, unseren Mut neu zu beleben und uns auf den Platz zurückzuführen, der uns unter den Nationen gebührt.«
Emrys HUGHES, *Churchill. Ein Mann in seinem Widerspruch,* Arndt-Verlag, Kiel [2]1986, S. 138.

Philip Hamilton CIBBS.

Im selben Jahr 1937 schrieb der einflußreiche politische Schriftsteller Sir Philip Hamilton GIBBS (1877-1962): »Gesetzt den Fall, unser englisches Volk hätte den Krieg verloren, wäre der Hoheitsrechte über sein eigenes Land beraubt und dem Diktat fremder Mächte und einem verhaßten Vertrag unterworfen worden, wir hätten genauso für unsere Wiedererstarkung und für die Wiedererlangung unserer alten Freiheiten gekämpft. Wir hätten genauso jedem Führer zugejubelt, der unseren Stolz wieder aufgerichtet und unsere Ketten zerbrochen hätte. Wir hätten über die Vaterlandsliebe der englischen Jugend frohlockt, die nach Jahren der Erniedrigung, der Bitterkeit, des Unglücks und der Demoralisierung zum wahren englischen Geist zurückgefunden hätte, und wir hätten aller Welt verkündigt: >Frei ist unsere englische Erde! Wir stehen da wie früher, frei und unerschütterlich. Wir haben diesen schamlosen Vertrag beiseite geschleudert!< Ebenso würde Frankreich über einen Führer und einen Geist froh sein, der nach Niederlage und Knechtung solche Dinge vollbrächte. Haben wir denn gar keine Einbildungskraft mehr, keinen Edelmut, kein Mitgefühl mit einem Volk, das seine Ketten zerbrach?«
Philip Hamilton GIBBS, *Ordealin England. England speaks again,* 1937; nach: Hans GRIMM, *Warum-woher- aber wohin?,* Klosterhaus-Verlag, Lippoldsberg [8]1979, S. 151 f.

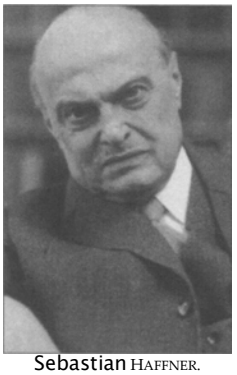
Der in Berlin geborene und bis 1939 meist in Deutschland lebende Engländer Sefton DELMER, der im Zweiten Weltkrieg von London aus ab 1941 die Greuelpropaganda gegen Deutschland leitete, schrieb nach dem Krieg über seine Eindrücke im Deutschen Reich der Vorkriegszeit: »Man mag heute darüber sagen, was man will: Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in HITLER.

Sie beteten seine feste, rücksichtslose Herrschaft an... Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. HITLER hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte seinen Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt. Durch die Straßen stolzierten Offiziere und Soldaten in der graugrünen Uniform der neuen Wehrmacht. Hoch oben im blauen Himmel über der Elbe schwirrten die Heinkel- und Messerschmitt-Maschinen. Wenn die Arbeiter in ihren blauen Arbeitskitteln, die Emaille-Kaffeekanne über der Schulter, auf ihrem Rad in die Fabrik fuhren, leuchteten ihre Augen vor Zufriedenheit. Sie hatten billige, mit militärischer Präzision und Disziplin geordnete Ferien in den nationalsozialistischen >Kraft-durch Freude<-Heimen vor sich. Die nationalsozialistische >Deutsche Arbeitsfront^ die an die Stelle der früheren Gewerkschaften getreten war, hatte bei den Unternehmen manche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für sie durchgesetzt - wobei die Regierung mit sanftem Druck nachgeholfen hatte. Der alte Klassenkampf schien in HITLERS neuem klassenlosen Staat< verschwunden zu sein. Sogar die Kinder wirkten gesünder, als ich sie je zuvor gesehen hatte. Die straffe Ordnung der Hitler-Jugend schien ihnen gut zu bekommen. Und sie alle, die Kinder wie die Erwachsenen, waren stolz auf die kleinen Aufgaben, die Titel und Amter, die HITLER ihnen gegeben hatte, auf das kleine bißchen Autorität über ihresgleichen.«

Sefton DELMER.

Sefton DELMER, *Die Deutschen und ich,* Nannen-Verlag, Hamburg 1961, S. 288 f.

Ähnlich urteilte der Berliner Journalist Sebastian HAFFNER (geboren als Raimund PRETZEL, 1907-1999), der 1938 wegen wachsender Gefährdung seiner jüdischen Frau nach England ausgewandert war, dort während des Krieges propagandistisch gegen Deutschland gewirkt hatte und 1945 als Politoffizier in die Westzonen zurückgekehrt war, über die deutschen Verhältnisse um 1937: »Aus schreiender Not und Massenelend war ein allgemein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten... (Dieser Umschwung) beherrschte in den Jahren 1936-1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der HITLER immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantischen Nörglers. Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben.«



Sebastian HAFFNER.

Sebastian HAFFNER, *Anmerkungen Hitler,* Kindler, München 1978, S. 30 f.

Rolf Kosiek

Sozialpolitik im Dritten Reich
Antwort auf Götz Aly und die gängige bundesdeutsche Geschichtsschreibung

Götz ALY, Jahrgang 1947, ehemaliger Chefredakteur der *Taz* und der *Berliner Zeitung,* Gastprofessor an der Universität Frankfurt/M.

Der These Götz ALYS zufolge habe sich die nationalsozialistische Sozialpolitik am Volkswohl orientiert. Klassen- und Standesdünkel seien überwunden, Familien großzügig unterstützt worden. In bemerkenswerter Offenheit räumt ALY ein: »Die Grundlagen der EU-Agrarordnung, das Ehegattensplitting, die Straßenverkehrsordnung, die obligatorische Haftpflichtversicherung für Autos, das Kindergeld, die Steuerklassen oder auch die Grundlagen des Naturschutzes stammen aus jenen Jahren.«[1] Der Nationalsozialismus habe außerdem die Volksmotorisierung eingeleitet, die Zahl der arbeitsfreien Tage verdoppelt und den Weg zum Massentourismus freigemacht. Nicht einmal die außergewöhnlichen Belastungen des Krieges hätten es vermocht, die nationalsozialistische Regierung von ihrer großzügigen Sozialpolitik abzubringen. Noch Ende März 1945, als es ernsthafte Finanzierungsprobleme gab, sei der parteilose Reichsfinanzminister Lutz SCHWERIN VON KROSIGK mit dem Vorschlag gescheitert, die Verbrauchssteuern zu erhöhen. Bereits 1939 seien im Reich das Kindergeld und die Familienbeihilfen um 25 Prozent, 1940 um 28 Prozent, 1941 um 56 Prozent, 1942 um 96 Prozent erhöht worden. Für Arbeiter und Bauern, einfache Angestellte und kleinere Beamte habe es keinerlei direkte Kriegssteuern gegeben, nur Unternehmen, Hausbesitzer und Großverdiener seien mit Sonderabgaben belastet worden.[2] Ende 1940 seien die Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit erstmals (und bis heute) von Steuern und Sozialversicherungsabgaben freigestellt worden. Im November 1941 habe die Regierung eine Rentenerhöhung von 15 Prozent verfügt. Erst seit dieser Zeit seien die deutschen Rentner krankenversichert, die sich bis dahin an die Wohlfahrt zu wenden gehabt hätten. Der monatliche Pflichtbeitrag habe eine Reichsmark betragen, Witwen und Waisen seien von Beitragsverpflichtungen freigestellt worden. Mit diesen Feststellungen liegt ALY, der als etablierter Historiker bislang mit zeitgeistkonformen Veröffentlichungen zur »Endlösung« und »Vernichtung« der europäischen Juden hervorgetreten ist, richtig. Weniger fundiert ist die in den Raum gestellte Begründung, mit der das nationalsozialistische Deutschland diese Leistungen finanziert habe.

ALYS Thesen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Er wirft der nationalsozialistischen Reichsregierung vor, das deutsche Volk sozialpolitisch besto-

[1] Götz ALY, *Hitlers Volksstaat. Kaub, Rassenkriegund nationaler Sozialismus,* S. Fischer, Frankfurt/M. 2005, S. 20.

[2] Vgl. Fritz STENZEL, »Hitlers Volksstaat«, in: *Nation <&> Europa,* Heft 6/2005, S. 55 f.

Sozialpolitische Maßnahmen der NSDAP

Kostenloser Besuch höherer Schulen (Adolf-Hitler-Schulen, Napola ab 1943)
Familienbeihilfe für Soldaten
Steuerklasseneinteilung und Ehegattensplitting zugunsten von Verheirateten und Familien (1934)
Kindergeld (1934)
Schuldnerschutz für >Arier< (1934)
Keine direkten Kriegssteuern für Arbeiter, Bauern, einfache Angestellte, niedere Beamte
Befreiungg von Steuern und Sozialabgaben bei Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit (1940)
Rentenerhöhung um 15 Prozent (1941)

Nach: *Der Spiegel* (10/2005)

In seinem Buch vertritt Götz ALY den nicht zu haltenden Standpunkt, daß »HITLERS Wohlfühldiktatur« das deutsche Volk mit sozialpolitischen Maßnahmen gekauft, es bei Laune gehalten habe, um für dessen Kriegspolitik und Eroberungspläne den Rücken frei zu haben.

chen zu haben. Das NS-Regime habe eine zunächst nationale, dann internationale Umverteilungspolitik zugunsten der breiten Masse der deutschen Bevölkerung betrieben, wodurch sich das Regime die Zustimmung des Volkes »erkauft« habe. Zu seiner materiellen Befriedung hätten die Oberschichten in Deutschland, das nichtjüdische Ausland im deutschen Machtbereich sowie die Juden im deutschen Machtbereich beigetragen. Abgesehen davon, daß es in sich nicht schlüssig ist zu behaupten, eine Regierung, die eine erfolgreiche Sozialpolitik durchführt, »besteche« damit das Volk, muß geprüft werden, ob die schwerwiegenden Aussagen bezüglich der Finanzierung zu Lasten Dritter zutreffen.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang SEIBEL hat auf eklatante Mängel in ALYS Buch *Hitlers Volksstaat* aufmerksam gemacht. ALYS falsche Tatsachenbehauptungen und Fehleinschätzungen sind bisweilen von so schwerwiegender Unglaublichkeit, daß dieser Umstand einmal mehr zu der Frage führt, wie weit es um die Wissenschaftlichkeit etablierter Forscher bestellt ist, die ihrerseits ihren Kritikern allzugern pseudowissenschaftliches Arbeiten unterstellen. »Eine nähere Betrachtung« von ALYS Buch, so führt SEIBEL aus, enthülle »groteske Wissenslücken des Verfassers und einen abenteuerlichen Umgang mit den Dokumenten. Daß der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther VON BRAUCHITSCH, bei ALY als Oberkommandierender der Wehrmacht fungiert - ein Amt, das es gar nicht gab, während als >Chef des OKW< seit 1938 Wilhelm KEITEL amtierte -, ist ein vergleichsweise unerheblicher, aber bei einem Autor dieses Kalibers gleichwohl erstaunlicher Fehler. ALYS Betrachtung des deutschen Besatzungsregimes in Frankreich kann als Beispiel für seine Methode dienen. Handwerkliche Schnitzer führen hier in der Sum-

me zu absurden Fehleinschätzungen der Wirklichkeit von Besatzung und Kollaboration.«[3]

Fritz STENZEL hat als erster Kritiker ALYS mit Recht die Frage aufgeworfen, ob der Reichtum der im Deutschen Reich lebenden Juden »wirklich so immens war, daß man daraus jahrelang die Wohlfahrt von 60 Millionen Deutschen finanzieren«[4] habe können. 1933 lebten im Deutschen Reich etwa 500000 Juden, diesen müssen mit dem Österreich-Anschluß 1938 nochmals rund 200 000 hinzugezählt werden. Somit hätte es in Großdeutschland etwa 700 000 Juden gegeben - wenn diese in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht bereits vor Ausbruch des Krieges ausgewandert wären und dies, obwohl, wie der israelische Historiker Yehuda BAUER feststellt, die meisten Länder den jüdischen Flüchtlingen und Auswanderern die Tore verschlossen hielten. Laut BAUER wanderten bis 1939 fast 405000 Juden aus. Diese Zahl beinhaltet 43 000 Juden aus dem Sudetenland oder Böhmen und Mähren.[5] Weitere Zehntausende folgten. Der deutsche Historiker Werner MASER zitiert das EICHMANN-Protokoll, dem zufolge bis zum »31. Oktober 1941 insgesamt rund 537000 Juden zur Auswanderung gebracht«[6] worden seien. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, daß die auswandernden Juden für ihr beschlagnahmtes Vermögen, welches das Deutsche Reich nicht verlassen konnte, in Form von Reichsschuldverschreibungen entschädigt worden sind.[7] Schon unter diesem Gesichtspunkt wird ALYS Behauptung widerlegt. Dem EICHMANN-Protokoll ist ferner zu entnehmen, daß die Finanzierung der Auswanderung von Juden aus dem Großdeutschen Reich durch die Juden oder jüdische Organisationen selbst erfolgt ist. Bis zum Ende Oktober 1941 hatten zu diesem Zweck allein ausländische Juden 9,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt.[8]

Auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ging das Sozialleben für Juden in Deutschland weiter. Im April 1933 wurden sämtliche jüdischen Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen zu einer Organisation, dem »Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau<, zusammengefaßt. Die im September 1933 gegründete »Reichsvertretung der deutschen Juden< bildete den politischen Arm des deutschen Judentums. Im Juli 1939 wurden diese beiden Or-

---

[3] Wolfgang SEIBEL, »Rechnungen ohne Belege«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 25. 7. 2005, S. 37.

[4] Fritz STENZEL, aaO. (Anm. 2), S. 57.

[5] Yehuda BAUER, *American Jeary and the Holocaust. The American Jeivish Joint Distribution Committee 1939-1945,* Detroit ²1982, S. 26.

[6] Vgl. Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin*, Olzog, München 2004, S. 314.

[7] Vgl. Dokument des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 (3358-PS), wiedergeben in: International Military Tribunal (Hg.), *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal,* Band 32, Nürnberg 1948, S. 238.

[8] Vgl. Werner MASER, aaO. (Anm. 6), S. 314.

ganisationen zur >Reichsvereinigung der Juden in Deutschland< zusammengefaßt, deren Vorsitzender Leo BAECK wurde, der von bekannten Funktionären der beiden Vorgängerorganisationen wie Julius SELIGSOHN, Paul MEYERHEIM, Paul EPPSTEIN, Otto HIRSCH und nach dem Österreich-Anschluß vom Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Josef LÖWENHERZ unterstützt wurde.[9] Anstatt sich ALYS latent judenfeindlichem Vorurteil hinzugeben, eine verschwindend kleine ethnisch/religiöse Minderheit habe über ein derart gigantisches Vermögen verfügt, daß es durch dessen Beschlagnahme möglich gewesen sei, in merkbarem Maße die Mehrheit der Bevölkerung davon profitieren zu lassen, würde eine wissenschaftliche Betrachtung der erbrachten wirtschaftlichen Leistungen im Dritten Reich aufschlußreicher und von wesentlicher Bedeutung sein.

Die sozial(politisch)en Errungenschaften im Dritten Reich wurden vom deutschen Volk erarbeitet, und nicht auf Kosten Dritter ergaunert. Das gesunde Wirtschaftswachstum im Dritten Reich wird nicht zuletzt durch den enormen Anstieg der jährlichen Steuereinnahmen belegt. Alle Steuer- und Zolleinnahmen des (nationalsozialistischen) Staates stiegen im Jahre 1932/1933 von über 6,6 Milliarden Reichsmark auf über 17 Milliarden Reichsmark im letzten Friedensjahr. Im Zeitraum von jeweils 1932/33 bis 1938/1939 stieg beispielsweise die Einkommenssteuer von 1,3 Milliarden Reichsmark auf 5,5 Milliarden RM, die Umsatzsteuer von 1,35 Milliarden auf 3,35 Milliarden, die Körperschaftssteuer von 105 Millionen auf 2,4 Milliarden, die Vermögenssteuer von 330 Millionen auf 390 Millionen und die Erbschaftssteuer von knapp 62 Millionen auf über 104 Millionen.[10]

Es bleiben weiter die von ALY bemängelten Feldpostpäckchen, welche deutsche Landser von der Front regelmäßig nach Hause schickten. Das entsprechende Kapitel in seinem Buch betitelt ALY mit der polemischen Überschrift: »Hitlers zufriedene Räuber«. Unter dem Begriff >Raub< versteht man im Deutschen gemäß *Duden* das entschädigungslose, oftmals gewaltsame Wegnehmen fremden Eigentums. Doch tatsächlich berichtet ALY unter dem irreführenden Zwischentitel über etwas anderes: über deutsche Soldaten, die mit ihrem Sold ausländischen Geschäften wahre Umsatzrekorde bescherten. Es wurde von deutschen Soldaten im allgemeinen - Ausnahmen bestätigen die Regel - nicht geraubt, sondern Ware wurde gegen Bezahlung gekauft.[11] Der bundesdeutsche Historiker Mark SPOERER dreht diese Tatsachen um und stimmt mit ALY überein, daß die Deutschen mit ihrer »Ausbeutungspolitik gegenüber dem Ausland. .. mittels Reichskreditkassenscheinen, künstlichen Wechselkursgefällen und anderen Instrumenten dafür sorgten, daß ihre Sol-

[9] Vgl. Yehuda BAUER, aaO. (Anm. 5), S. 27 f.

[10] Vgl. Bibliographisches Institut (Hg.), *Schlag nach!,* Leipzig ^{2}1939, S. 334.

[11] Fritz STENZEL, aaO. (Anm. 2), S. 57.

daten die besetzten Länder leerkaufen konnten, und zwar zu Lasten der ausländischen öffentlichen Kassen. Während dies in den besetzten Gebieten die Inflation anheizte, konnte das Tempo der Geldentwertung im Reich dadurch deutlich verringert werden«.[12]

ALY behauptet, »mindestens zwei Drittel der deutschen Kriegseinnahmen« seien »aus ausländischen und >fremdrassigen< Ressourcen aufgebracht«[13] worden. Die Behauptung beruht zumindest auf einem Denkfehler, worauf bereits der englische Wirtschaftshistoriker Adam TOOZE aufmerksam gemacht hat:[14] »Der beste Maßstab für die Kriegsbelastung eines Volkes ist nicht der Staatshaushalt, sondern das Sozialprodukt. Durch diese Bezugsgröße, nicht durch eine formalistische Entstellung des Reichshaushaltes, entsteht die Differenz zwischen ALY und mir. Und nicht nur zwischen uns, sondern zwischen ALY und der gesamten wirtschaftshistorischen Forschung.

Nehmen wir das kritische Jahr 1942. Nach Mark HARRISON *(Resource Mobilisation for World War II: The U.S .A., U.K., U.S.S.K, andGermany, 1938-1945, EHR 41/2, S. 171—92)* beliefen sich die Kriegsausgaben Deutschlands auf 69 Prozent des Nettonationalprodukts (ein Verwandter des Bruttosozialprodukts). 52 Prozent wurden intern aufgebracht, 17 Prozent als Außenbeitrag - also im Verhältnis von 3:1. Daraus und nicht aus einer formalistischen Reinterpretation der Haushaltszahlen ergibt sich der 25prozentige Auslandsbeitrag, den ich gegen ALYS 70 Prozent setze.«[15]

Um das Ausmaß der Leistungen der nationalsozialistischen Sozialpolitik ermessen zu können, ist es notwendig, sich die Verhältnisse in Erinnerung zurückrufen, unter denen der Großteil des deutschen Volkes in der Weimarer Republik zu leiden hatte.[16] Die Zeit der »ersten deutschen Demokratie« war für die Masse des deutschen Volkes geprägt von Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger, dem Mangel an einer warmen Wohnung im Winter und einer in allen Aspekten des menschlichen Lebens aussichtslosen Zukunft. Die soziale Not hatte nie zuvor gekannte Ausmaße erreicht. In der amtlichen Broschüre über die Not in Berlin aus dem Jahre 1923 beispielsweise sind erschütternde Berichte des Jugendamtes über das Elend unter Kindern und

---

[12] H-Soz-u-Kult (Humanities. Sozial- und Kulturgeschichte) ist ein am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin koordiniertes Internet-Forum: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=6430&count= 39&recno = 3&type = rezbuecher&sort = datum&order=down&search = Spoerer

[13] Götz ALY, aaO. (Anm. 1), S. 326.

[14] Vgl. J. Adam TOOZE, »Einfach verkalkuliert«, in: *tageszeitung Magazin,* 12./13. 3. 2005. http://www.taz.de/pt/2005/03/12/a0289.nf/text.ges,!

[15] J. Adam TOOZE, »Doch falsch gerechnet - weil falsch gedacht«, in: *die tageszeitung,* 16. 3. 2005, S. 16.

[16] Nähere Einzelheiten bei: Claus NORDBRUCH, »Ketzerische Gedanken zur >Befreiung< 1945«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 2/2005, S. 29 ff.

Jugendlichen dokumentiert: »Zahlreiche Kinder, auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib- und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten. Die Not erstickt allmählich jedes Gefühl für Ordnung, Sauberkeit und Sitte und läßt nur noch dem Gedanken an Kampf gegen Hunger und Kälte Raum.«[1]

Dietrich KLAGGES hat in seinem Grundsatzwerk über die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre *'Reichtum und socziale Gerechtigkeit* (1932) die Spirale der fortwährenden Mißwirtschaft in der Weimarer Republik detailliert offengelegt. Aus Platzgründen muß an dieser Stelle ein plastisches Beispiel zur Verdeutlichung genügen: »Die Tributzahlungen, die wir im Versailler Frieden als Folge des Anerkenntnisses unserer Alleinschuld am Weltkriege auf uns genommen haben und deren Erfüllung unsere Weimaraner als heilige Pflicht gegen das Weltgewissen ansahen, saugten unser flüssiges Betriebskapital Jahr für Jahr in starkem Strome ab. Den Verlust suchten unsere Bankgewaltigen und Wirtschaftsführer, unsere Kommunal- und Staatspolitiker durch Auslandsanleihen, die sie in Höhe von rund 25 Milliarden hereinnahmen, zu ersetzen. Ebensowenig wie die Tribute von jährlich mehr als 2 Milliarden konnten wir jedoch die Auslandszinsen in gleicher Höhe als Gewinne in der gelähmten Volkswirtschaft erzielen, so daß nun auch noch diese Zinszahlungen am flüssigen Betriebskapital zehrten. Was die Tribute und Zinsen an Betriebsmitteln übrig ließen, das nahmen endlich die maßlos überhöhten Staatslasten völlig hinweg. Die Vernichtung des eigenen Betriebskapitals bedeutete. . . zugleich Zerstörung der Kaufkraft des inneren Marktes, Herabminderung der Produktion und damit Arbeitslosigkeit.«[2]

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging die alte vom Versailler Diktat geprägte Zeit jäh zu Ende, und eine neue, revolutionäre Epoche brach unwiderruflich an. Als Adolf HITLER und sein Kabinett am 30. Januar 1933 in die Regierungsverantwortung des Deutschen Reiches traten, erbten sie einen in jeder Hinsicht bankrotten Staat mit sieben Millionen Arbeitslosen, einer desolaten Wirtschaft und gähnend leeren Staatskassen. *Arbeit und Brot* hatten die Nationalsozialisten versprochen. Nun, an den Hebeln der Macht angelangt, waren sie gefordert, dieses Wort zu halten, was nur möglich war, wenn sie politisch und wirtschaftlich einen vollkommen neuen Weg gegenüber den bisherigen zu gehen bereit waren.

Grundsätzlich standen die Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß das Prinzip der Neuverschuldung zur Finanzierung der Wirtschaft abzuleh-

[1] Zitiert nach: Arthur ROSENBERG, *Geschichte der WeimarerRepublik,* Frankfurt/M. [15]1973, S. 130.

[2] Dietrich KLAGGES, *Reichtum und sociale Gerechtigkeit*, Leipzig 1932, S. 122 f.

nen sei, da das Volk ansonsten immer tiefer in die »Zinsknechtschaft der internationalen Hochfinanz« gerate. Gerade aus dieser Abhängigkeit herauszukommen war aber die Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft und damit auch für die deutliche Verbesserung des Lebensstandards der Menschen. Folglich stieg die neue Regierung aus dem kapitalistischen Goldwährungssystem aus und entzog damit ausländischen Kapitaleignern den Einfluß auf die deutsche Wirtschaft. Der Handel mit dem Ausland wurde zu einem gut funktionierenden Warenaustauschsystem umgeformt. Als wesentliche Voraussetzung zur Gesundung der Volkswirtschaft wurde die Überwindung der »Zinsknechtschaft« angesehen. Der nationalsozialistische Ökonom Gottfried FEDER hatte diese als die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten definiert. Unter Punkt 11 war dem Parteiprogramm der NSDAP zu entnehmen, daß eine Gesundung der Volkswirtschaft nur durch »Brechung der Zinsknechtschaft« erreicht werden könne. Hierunter verstanden die Nationalsozialisten die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, wobei damit nicht die Ablehnung jeglicher Kapitalverzinsung gemeint war, sondern »die Ausschaltung des internationalen Finanz- und Leihkapitals«.[1]

Von oben: Gottfried FEDER (1883–1941) und Dietrich KLAGGES; dieser war 1933 Ministerpräsident von Braunschweie

Angesichts des verheerenden Erbes der Weimarer Republik war die Schaffung der Vollbeschäftigung ein unlösbar anmutendes Problem. In Angriff genommen - und gelöst! - wurde es unter anderem durch massive staatliche Bauvorhaben und öffentliche Bauarbeiten: Deiche zur Flutkontrolle, Reparaturarbeiten an öffentlichen und privaten Gebäuden, die Pflege denkmalgeschützter Kulturgüter, das Erbauen von Brücken, Kanälen, Hafenanlagen, Straßen und - als Weltneuheit - von Autobahnen. Millionen von bis dahin arbeitslosen Menschen wurden auf diese Weise wieder in den aktiven Arbeitsprozeß einbezogen. Hierbei ging ein Prozeß Hand in Hand mit dem nächsten. Diese Entwicklung läßt sich gerade am Bau der Autobahnen sehr gut verdeutlichen: Der Bau von Straßen und Autobahnen wurde mit heimischen, also mit deutschen Werkstoffen und Materialien, in Angriff genommen. Da Gelder zur Anschaffung von Teer und Bitumen, also Erdölprodukten, die aus dem Ausland eingeführt und mit Devisen bezahlt hätten werden müssen, nicht vorhanden waren, machte man aus der Not eine Tugend: Unter der Leitung von Dr.-Ing. Fritz TODT wurde die aus den USA bekannte Betonplatten-Bauweise angewandt. Die Fahrbahndecke bestand aus aneinanderliegenden Betonplatten, die an Ort und Stelle auf verfestigtem Boden gegossen wurden. Alle hierzu notwendigen Werkstoffe standen in Deutschland zur Verfügung. Um die Straßen und Autobahnen auch nutzen zu können, bedurfte es freilich entsprechender Fahrzeuge. Diese waren nicht vorhanden oder waren für die Masse des Volkes unerschwinglich. Die Preise für einen gewöhnlichen Personenkraftwagen lagen etwa zwischen 1500 und 2000

[1] *Hans WAGNER,* Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, *Leipzig 1934, S. 293.*

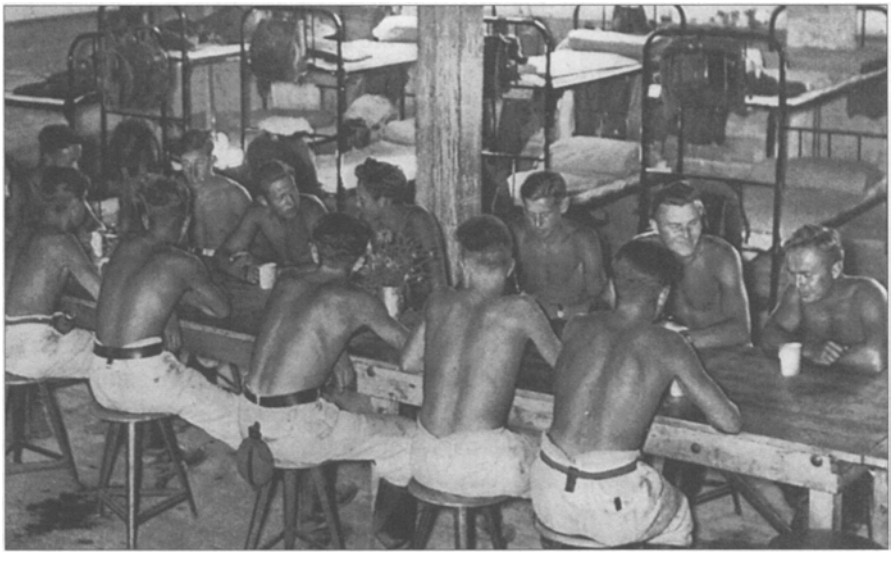
Reichsmark. Diese Kosten galt es zu verringern! Es sollte daher nach den Vorstellungen des Reichskanzlers ein neues und modernes Auto für das Volk geschaffen werden. 1934 konstruierte daraufhin Ferdinand PORSCHE dieses neue Auto, den sogenannten >Volkswagen<, eine Bezeichnung, die von Adolf HITLER persönlich geprägt worden war. Das Endprodukt, der >Käfer<, kostete 995 Reichsmark. Aus den bekannten Gründen mußte auch in der Autoreifenherstellung auf vorhandene heimische Werkstoffe zurückgegriffen werden. Diese fand man in der Kohle, die in den Werken in Merseburg durch entsprechende chemische Behandlung zu künstlichem Kautschuk verwandelt wurde. Selbst der Kraftstoff, das Benzin, ein Destillationsprodukt aus Erdöl, konnte mittels Kohleverflüssigung weitgehend selbst hergestellt werden.

Um die größte Not im deutschen Volk zu lindern, war unmittelbar nach der Machtübernahme ein Soforthilfeprogramm mit Namen >Winterhilfswerk des Deutschen Volkes< ins Leben gerufen worden, das unter dem Motto stand: »Keiner soll hungern und frieren.« Die eingenommenen Spenden und Hilfsmittel waren enorm. Der jährliche Gesamtwert der verfügbaren Sach- und Geldspenden stieg laufend an. Im Jahre 1933/34 belief er sich auf über 358 Millionen Reichsmark, während er im letzten Friedensjahr auf über 433 Millionen Reichmark angewachsen war.[20] Dieses soziale Hilfsprogramm wurde aufgrund seines gewaltigen Erfolges im Dezember 1936 zur Dauereinrichtung erklärt: »Für alle Zeiten werden arm und reich, jung und alt zusammenwirken, um in jedem Winter als Zeugnis sozialistischer Solidarität der ganzen Nation denen zu helfen, die das Schicksal mit geringeren Gütern des Lebens bedacht hat oder denen es die Arbeitsfähigkeit nahm.«[21]

In durchaus ähnlichem Sinne ist die Schaffung des Reichsarbeitsdienstes (RAD) zu sehen, dem allerdings neben der wirtschaftlichen Bedeutung vor

[20] Vgl. Bibliographisches Institut (Hg.), aaO. (Anm. 10), S. 201.

[21] Alfred-Ingemar BERNDT, *Gebt mit vier Jahre Zeit!,* München 1937, S. 161.



junge Männer beim Reichsarbeitsdienst. Die Aufgaben des Reichsarbeitsdienstes waren vielfältig und befaßten sich nicht nur mit Bauarbeiten, sondern auch mit Forst – und Kultivierungs– sowie mit Deichbau– und Entwässerungsaufgaben.

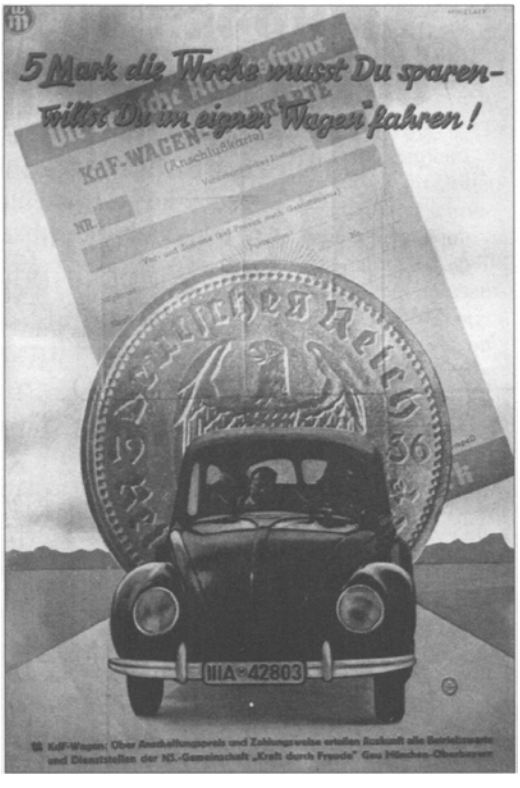
allem die erzieherische Wirkung zukam. Männer und Frauen, gleichgültig welchem Berufsstand sie entstammten, ob arm oder reich, erlebten und verwirklichten eine Volkskameradschaft, in der sie gemeinnützige Arbeit zu achten lernten. Es gab kein effektiveres Erziehungsmittel, den einseitigen Klassengeist, soziale Vorurteile und standesdünklerische Arroganz zu überwinden und gleichzeitig echte soziale Gesinnung zu erwecken und damit sozialen Frieden zu schaffen. Darüber hinaus hatte der RAD allein bis zum Kriegsausbruch Milliardenwerte geschaffen, von denen beispielsweise die Neulandgewinnung an der Nordsee und in den großen Sumpfgebieten im Emsland, in Schlesien und Ostpreußen, die Verwandlung von Ödland in fruchtbare Felder, die Aufforstung von Wäldern und die Betreuung kinderreicher Mütter vor allem auf dem Lande genannt werden müssen.[2]

Im nationalsozialistischen Deutschland standen Arbeiter und Unternehmer zusammen in einer Front gegen den als miteinander verwandt erkannten Feind Kapitalismus und Kommunismus - das mag sich pathetisch und plakativ anhören, entspricht aber nichtsdestotrotz den historischen Tatsachen. Im Nationalsozialismus wurde der Grundsatz vertreten, daß Arbeiter und Unternehmer zu einer geschlossenen Einheit gehörten und nicht gegeneinander aufgehetzt oder ausgespielt werden dürften. »Arbeiter der Stirn<, also beispielsweise Lehrer, Dozenten und Journalisten, und »Arbeiter der Faust<, wie Bauarbeiter, Kraftfahrer und Handwerker, gehörten mit einem nationalbewußten Unternehmertum zu *einer* Aktionsgemeinschaft. Weder Klassenkampf noch Standesdünkel, sondern die Schaffung einer Volksgemeinschaft galt als das anzustrebende Ziel. Im Mai 1933 trat deshalb an Stelle der Gewerkschaften die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die als erste Organisation der Welt Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einheitlicher Gemeinschaftsarbeit zusammenfaßte. Das nationalsozialistische Motto *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* bestimmte im Dritten Reich die Wirtschaft: In den Betrieben arbeiteten Arbeiter, Angestellte und Unternehmer als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

Der propagierte »Sozialismus der Tat« schlug sich im wahrsten Sinne des Wortes in seinen Ergebnissen nieder. Der Bau von Eigenheimen und Wohnungen für Kleinverdiener war im neuen Deutschland überall sichtbar. 1932 waren nur rund 141000 Wohnungen gebaut worden. Noch bevor das Jahr 1933 zu Ende ging, waren unter der neuen nationalsozialistischen Regierung bereits über 200 000 Wohnungen gebaut worden. Drei Jahre später waren es bereits annähernd 300 000. Die Häuser und Wohnungen wurden nach dem höchsten Stand und unter dem Aspekt der öffentlichen Gesundheit gebaut, waren also mit den späteren Plattenbauten und Arbeiterghettos der DDR

[2] Vgl. Wiebke STELLING und Wolfram MALLEBREIN, *Männer und Maiden,* Preußisch Oldendorf 1979.

nicht vergleichbar. Bei den im Dritten Reich gebauten Häusern für Arbeiter handelte es sich in der Regel um Einfamilienhäuser mit einem kleinen Garten. Ihre Finanzierung war äußerst günstig. Die gesetzlich vorgeschriebene Monatsmiete durfte für einen Arbeiter 26 Reichsmark nicht übersteigen. Dies war ein Betrag, der etwa ein Achtel des damaligen Monatslohnes ausmachte. Angestellte mit höheren Gehältern zahlten bis zu 45 Reichsmark, was die Höchstgrenze darstellte.[3] Es gab in Deutschland keine Slums mehr, die deutschen Arbeiter lebten erstmals in wahrhaft menschenwürdigen Verhältnissen. Diese Tatsache spiegelte sich nicht zuletzt auch in der sozialen Verantwortung gegenüber Jungverheirateten, Kindern, Kranken und Senioren wider. Hervorzuheben ist das Ehestandsdarlehen, das bereits im Juni 1933 zwecks Förderung der Eheschließungen deutscher Staatsbürger verabschiedet worden war. Das jung vermählte Paar erhielt von der zuständigen Wohngemeinde ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von 1000 Reichsmark, welches in monatlichen Teilbeträgen zu je 1 % zurückzuzahlen war. Bei der Geburt jedes lebend geborenen Kindes wurden 25% des ursprünglichen Darlehensbetrages erlassen, nach vier Kindern war das Darlehen getilgt. Bis zum März 1939 wurden über 1,2 Millionen solcher Ehestandsdarlehen ausgezahlt. Daneben müssen die vielen Vergünstigungen für kinderreiche Familien erwähnt werden.[4] Hierzu zählen mannigfaltige Kinderbeihilfen, Geschwisterermäßigungen, Fahrpreisermäßigungen und Ausbildungsbeihilfen. Ferner war die Kranken-, Invaliden- und Rentenversorgung gesichert. Die Krankenhäuser, ausgestattet mit der modernsten Technik, standen jedem Deutschen unabhängig von seinem Gehalt offen. Die Patienten hatten das Recht, den Arzt ihres Vertrauens zu besuchen. Die Ausbildung an den Höheren Schulen und Universitäten war jedem Deutschen unabhängig von seinem eigenen Finanzbudget zugänglich, sofern er die intellektuelle Eignung hierfür mitbrachte. Die Urlaubsfrage für Arbeiter, die vor 1933 völlig vernachlässigt worden war, wurde ab 1934 in allen Tarifverordnungen fest-



Werbeplakat für das KdF-Auto. Rund 300 000 Deutsche machten mit und zahlten wöchentlich 5 RM ein.

[3] Vgl. Friedrick KURRECK, »Das Leben im Dritten Reich«, in: *Der Schlesier,* 26. 7. bis 16. 8. 2002. Dem Verfasser liegt ein undatierter, sechzehnseitiger Sonderdruck vor, S. 8 f.

[4] Vgl. Bibliographisches Institut (Hg.), aaO. (Anm. 10), S. 197 f.

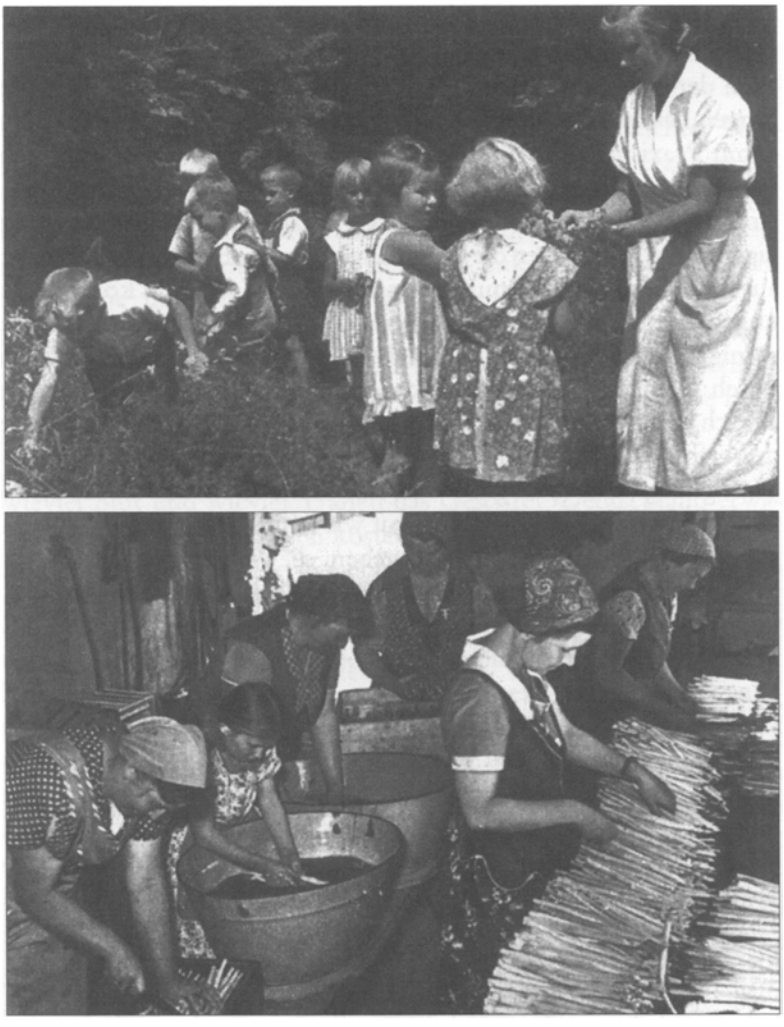
gelegt, ebenso wie Sonderzuwendungen zu Weihnachten, Urlaubsbeihilfen und andere finanzielle Vergünstigungen, die früher nur bei Angestellten üblich waren.[25]

[25] Vgl. Max KLÜVER, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, Druffel, Leoni 1988.

Der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre zufolge war der arbeitende Mensch mehr als nur ein auswechselbares ökonomisches Teil. Sie betrachtete den Menschen als eine Einheit, als einen produktiven und kreativen Teil seines Volkes. Der hier zugrunde liegenden Wertvorstellung nach sollte der arbeitende, der schaffende Mensch nicht nur über einen sicheren Arbeitsplatz und ein anständiges Zuhause verfügen, er sollte auch mit Würde und Respekt (*Arbeit adelt*) behandelt werden. Den Nationalsozialisten war klar, daß nur ein gesunder Mensch, physisch wie psychisch, seine Rolle als Rad im großen Getriebe erfüllen konnte. Aus diesem Grunde führte die nationalsozialistische Regierung eine weitere revolutionäre Neuerung zugunsten der schaffenden Bevölkerung ein: das Programm »Kraft durch Freude« (KdF). Die Idee, die hinter diesem Programm stand, war einfach: Diejenigen, die arbeiteten, Werte schufen und produzierten, sollten nicht nur durch ein angemessenes Gehalt bezahlt, sondern darüber hinaus mit besonderen Annehmlichkeiten belohnt werden, die das Leben lebenswert machen. Mit diesem Programm wurde es zum ersten Mal in der Geschichte Arbeitern ermöglicht, mit ihren Familien Zugang zu künstlerischer und kultureller Unterhaltung aller Art zu finden.

Dies war mitnichten nur auf den Besuch von Museen oder Sportstätten begrenzt. Sie bekamen erstmals in ihrem Leben die Möglichkeit, aus ihrer Region herauszukommen und damit ihren geistigen Horizont durch Reisen zu erweitern. Diese Erholungsreisen waren keineswegs nur innerhalb Deutschlands begrenzt, sondern wurden mit den großen Kreuzfahrtschiffen >Wilhelm Gustloff<, >Robert Ley<, >Cap Arkona< und anderen Dampfern und Segelschiffen auch jenseits der deutschen Grenzen angeboten. Das Anlaufen der deutschen Schiffe in englische Häfen wurde jedoch von der Regierung in London untersagt. Die Gründe hierfür sind allein in der Angst der Briten zu suchen, daß die englischen Arbeiter aller Wahrscheinlichkeit nach dann dem Sozialneid verfallen wären.

Dabei haben gerade englische Politiker die nationalsozialistischen Errungenschaften in der Sozialpolitik immer wieder gewürdigt. Der ehemalige britische Ministerpräsident David LLOYD GEORGE erklärte nach seinem Deutschlandbesuch 1936 gegenüber dem *Daily Express*-. »Ich bin eben von einem Besuch in Deutschland zurückgekehrt. Ich habe jetzt den berühmten deutschen Führer gesehen und auch etliches von dem großen Wechsel, den er herbeigeführt hat. Was immer man von seinen Methoden halten mag - es sind bestimmt nicht die eines parlamentarischen Landes, es besteht kein Zweifel, daß er einen wunderbaren Wandel im Denken des Volkes herbeigeführt hat. Zum ersten Mal nach dem Krieg herrscht ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Die Menschen sind fröhlicher. Über das ganze Land verbreitet sich die Stim-



Die Volksgemeinschaft war im Dritten Reich großgeschrieben. Verschiedene Maßnahmen trugen zum sozialen Zusammenhalt bei. Oben: Die Einrichtung von sogenannten >Ernte-Kindergärten< bedeutete für die Bäuerin eine erhebliche Entlastung. Unten: Mitglieder der NS-Frauenschaft helfen bei der Spargelernte.

mung allgemeiner Freude. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht. Die Tatsache, daß HITLER sein Land von der Furcht einer Wiederholung jener Zeit der Verzweiflung und der Demütigung erlöst hat, hat ihm im heutigen Deutschland unumstrittene Autorität verschafft. Es ist nicht die Bewunderung, die einem Volksführer gezollt wird, es ist die Verehrung eines Nationalhelden, der sein Land aus völliger Hoffnungslosigkeit und Erniedrigung errettet hat.«[1] Zwei Jahre später bekannte sogar Winston CHURCHILL, dem wahrlich keine deutschfreundlichen Absichten nachzuweisen sind: »Ich habe immer gesagt, daß, wenn Großbritannien einen Krieg verlieren würde, ich hoffte, wir würden einen HITLER finden,

[1] Zitiert nach Friedrick KURRECK, aaO. (Anm. 23), S. 12 f.

der uns in unsere rechtmäßige Stellung in der Gemeinschaft der Völker zurückführen würde.«[2]

In der bundesdeutschen Geschichtsschreibung werden derartige Feststellungen heutzutage stillschweigend übergangen. Diese Unart der Zensur und damit Praxis der Unwissenschaftlichkeit war noch vor einigen Jahrzehnten keineswegs selbstverständlich gewesen. So muten die Feststellungen des Historikers Sebastian HAFFNER heute geradezu »relativierend« an. Ende der siebziger Jahre erklärte er die »Leistungen« und »Erfolge« des Dritten Reiches auf logischer Basis, die mit den historischen Tatsachen konform ging: »Eine ungeheure Leistung, so fast das ganze Volk hinter sich zu vereinigen, und in weniger als zehn Jahren vollbracht! Und vollbracht, im wesentlichen, nicht durch Demagogie, sondern - durch Leistung.«[3] HAFFNER hatte mit dieser Einschätzung recht. Tatsächlich hatte die Regierung des Dritten Reiches mit der erfolgreichen Durchführung ihres revolutionären Programms vor aller Welt gezeigt, daß es möglich war, eine Wirtschaft zum Wohle des Volkes aufzubauen, selbst wenn hierfür so gut wie keine Gelder zur Verfügung standen.

Es dürfte kaum eine Zeitung geben, die im Dritten Reich den Nationalsozialisten gegenüber kritischer eingestellt gewesen war und trotzdem die umwälzenden Geschehnisse jener Zeit klar erfaßt hatte, als die *Jüdische Rundschau:* Im Jahre 1933 brach etwas vollkommen Neues auf, »eine neuer Lebenswille eines Volkes, nicht streng theoretisch fundiert, aber elementar, vital, aus den Tiefen der Seele. Das >Prinzip der völkischen Lebensganzheit< (KRIECK) wurde realisiert.«[4] Götz ALY und die Historiker seines Schlages übersehen genau diesen grundsätzlichen Punkt. Sie verkennen oder übersehen das gewaltige Ausmaß der geistig-politischen Revolution des Nationalsozialismus auf das Gesamtleben der Deutschen. Ihnen bleibt die weltanschauliche Dimension des Nationalsozialismus, in dessen Mittelpunkt die *Volksgemeinschaft* und das Ethos *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* standen, vollkommen verborgen. Ihre Kritik, so berechtigt sie in einzelnen Fällen auch sein mag, ist damit in der Regel gekennzeichnet durch politisch korrekte Einseitigkeiten und abstruse Konstruktionen, die eher von dogmatischen Auslegungen und einem albernen Schubladendenken herrühren, als auf Reflexion der historischen Tatsachen gründen. Der Wert der gängigen Geschichtsschreibung in der BRD ist dementsprechend niedrig anzusetzen. Sie spiegelt sich kaum besser wider als in der folgenden unsinnigen Behauptung von Götz ALY: »Die Nazis finanzierten den Krieg, indem sie Juden und eroberte Gebiete ausplünderten. So sicherten sie sich die Loyalität der Deutschen.«[5] Claus Nordbruch

[2] »Mr. Churchill's reply«, in: *The Times* (London), 7. 11. 1938. (»I have always Said that if Great Britain were defeated in war I hoped we should find a Hitler to lead us back to our rightful position among the nations.«)

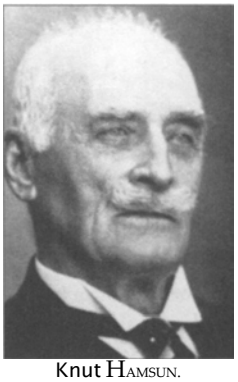
[3] Sebastian HAFFNER, *Anmerkungen Hitler,* München 1978, S.?

[4] »Ein Jahr Regierung Hitler«, in: *Jüdische Kundschau,* 30. 1. 1934, S. 1.

[5] ALY, »Nicht falsch, sondern anders gerechnet«, in: *die tageszitung,* 15. 3. 2005, S. 17.

Rowohlt fälscht Hamsun

Der 1920 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete größte Prosadichter Norwegens Knut HAMSUN, unstreitig einer der bedeutendsten Erzähler des 20. Jahrhunderts, lehnte 1934 den ihm von der Stadt Frankfurt/Main angebotenen mit 10 000 Mark dotierten GOETHE-Preis ab, während er die GOETHE-Medaille annahm. Diesen Vorgang stellt der linke Rowohlt-Verlag[1] in seiner Monographie[2] über HAMSUN folgendermaßen dar:



Knut HAMSUN.

»Und seiner Frau schrieb er in derselben Angelegenheit: >Man kann doch schließlich von einem Land in solchen Verhältnissen, wie sie gegenwärtig in Deutschland herrschen, nicht zehntausend Mark annehmen! Das wäre Blutgeld!<

Welch ein Wort. 1934! Blutgeld. .. Wessen Blut meinte er da? War ihm bewußt, wieviel Blut und wieviel Tränen das Geschrei Deutschland erwachet damals schon kostete und noch kosten sollte? Vergaß er es wieder?«

Offensichtlich geht es dem Herausgeber darum, zumindest unterschwellig an den >Nazi-Terror< zu erinnern und damit gegen das damalige Deutschland Stimmung zu machen.

Wenn man in Knut HAMSUNS Briefen nachliest, was er wirklich am 16. Juli 1934 an seine Frau geschrieben hat, wird ein echter Skandal mit offensichtlich bewußtem Betrug des Herausgebers am Leser deutlich. HAMSUN schrieb nämlich wirklich:[3] »Es geht einfach nicht, daß ich 10 000 Mark von einem Land annehme, das in einem derartigen Zustand ist wie Deutschland jetzt, die ganze Nation hat sich durch den Winter gebettelt, man sprach von Lumpen und Essen, und jetzt haben sie glatt ein Moratorium. LANGEN (HAMSUNS Verleger, H. W.) verspricht aber, in etwa drei Wochen einen schönen kleinen Batzen Geld zu schicken, und das (im Original gesperrt) ist nicht zuviel, doch das andere wäre Blutgeld! Laß uns nicht bereuen lassen, daß ich ablehne!«[4]

Wie man sieht, ist der Sinn des HAMSUN-Briefes ein ganz anderer, als ihn der verfälschende ROWOHLT-Herausgeber erscheinen lassen will. HAMSUN war zeit seines Lebens ein großer Freund der Deutschen, der sich 1945 nicht den Mund verbieten ließ und übelste Behandlungen in seiner norwegischen Heimat dafür auf sich nahm. Auch seine 64jährige Frau wurde 1945 mit ihm verhaftet und wegen >Kollaboration< zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Erst langsam wird dieser große europäische Geist wieder gebührend geachtet.

[2] Martin BEHEIM SCHWARZBACH (Hg.), *Knut Hamsun in Selbstzeugnissen und Dokumenten,* Rowohlt, Hamburg 1958, S. 125.

[3] Tore HAMSUN (Hg.), *Knut Hamsun, Briefe an Marie,* Paul List, München 1970, S. 354 f.

[4] Auf diesen Vorgang wird auch in den *Kommentaren zum Zeitgeschehen,* Wien, Mai 1991, S. 1, verwiesen.

[1] Der Verlagsinhaber Ernst ROWOHLT ließ sich im Herbst 1959 von SED-Chef Walter ULBRICHT in Leipzig den Ehrendoktorhut aufsetzen, den er erhielt, weil er sich als regelmäßiger Besucher der kommunistischen Weltjugendfestspiele und als »aufrechter Demokrat und Humanist« erwiesen habe {*Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 2. 11. 1959).

Hitler habe Aids-Virus entwickelt

Nach der weltweit zunehmenden Ausbreitung der Aids-Krankheit verbreiteten sich Gerüchte, daß das Aids-Virus in einem Labor für chemische und biologische Kriegführung in den USA entstanden sei, von wo es dann von den als Versuchspersonen benutzten Menschen in die Öffentlichkeit geschleppt worden sei. Anfang 1992 soll dieses Gerücht nach Pressemeldungen aus inzwischen ausgewerteten Stasi-Akten als kommunistische Desinformation erkannt worden sein.[1]

Wenige Jahre vorher war eine absurde, in das Muster der Umerziehung passende und Deutschland erneut belastende Behauptung in amerikanischen Medien aufgetaucht. So hatte die in Florida erscheinende Wochenzeitschrift *Sun* am 3. Januar 1989 unter der Schlagzeile »Hitler's Labs created Aids-Virus« (HITLERS Labore erzeugten Aids-Virus) die sensationelle Nachricht verbreitet, daß der angeblich für alles Böse in der Welt zuständige HITLER auch für diese Geißel der Menschheit verantwortlich sei. Unter Berufung auf einen angeblichen Kronzeugen Rudolph KESSLER wurde behauptet, HITLER sei sehr begeistert von der Idee gewesen und habe ausgerufen: »Das ist die perfekte Waffe!« Der Führer habe geäußert: »Damit zwingen wir die Amerikaner in die Knie, denn sie sind alle sexbesessen und degeneriert.« Den besorgten Einwand, die Seuche könne dann auch auf Deutschland übergreifen, habe HITLER mit den Worten abgewehrt: »Wir sind eine höher stehende Rasse!« Dazu habe er - für den amerikanischen Leser sehr publikumswirksam dargestellt - dem Kritiker der Aids-Waffe kreischend ins Gesicht geschlagen.[2]

Wie *Sun* weiter berichtete, habe HITLER dann ein Flugzeug mit dem entwickelten Aids-Virus an Bord 1944 starten lassen, damit es das Virus über Afrika nach Nordamerika bringen solle. Die deutsche Maschine sei aber über dem schwarzen Kontinent abgestürzt und habe die Neger in Zentralafrika infiziert, womit gleichzeitig auch erklärt wäre, warum die Seuche schwerpunktartig in diesem Land auftrat und auftritt.

Daß der nächste Weg vom besetzten Westeuropa nach New York nicht gerade über das zentrale Afrika führt, würden wohl nach Ansicht der *Sun*-Journalisten ihre Leser kaum merken. Im Rahmen der Umerziehung ist eben jeder Unsinn erlaubt.

---

[1] *National-Zeitung* vom 29. 3. 1992.
[2] Zitate nach Anm. 1.

Judenstern

Die Verfügung zum Tragen des gelben Judensterns und die Aufhebung der Sondervergünstigungen für jüdische Weltkriegsteilnehmer werden dem NS-Regime als antisemitische Maßnahme vorgeworfen.

Tatsächlich gingen sie aber zumindest mit auf Forderungen zionistischer Kreise und auf Drängen von Gegnern des NS-Regimes zurück.

Dr. Dr. Erwin GOLDMANN, jüdischer Herkunft und im Dritten Reich Betreuer der nichtarischen Christen in Württemberg, dann mit Berufsverbot belegt und später verhaftet, schreibt in seinem Buch *Zwischen den Völkern*[1] auf Seite 129 ff.: »Im Jahre 1938 erzählten mir Gestapo-Beamte bei einer der häufigen Rücksprachen wegen der Angelegenheit meiner Schutzbefohlenen, in Berlin habe bei den zuständigen Stellen ein Direktor Georg KARESKI als überzeugter Zionist wiederholt den Vorschlag gemacht, das Tragen eines Judensterns einzuführen. Da mir klar war, zu welchem Unglück in verschiedener Hinsicht eine solche Maßnahme führen müßte, rief ich ihn sofort in Berlin an.« Am übernächsten Tag suchte GOLDMANN den Zionisten auf, und KARESKI verteidigte hart seine Meinung. »KARESKI hat deshalb auch die Nürnberger Gesetze von 1935 (zur Reinhaltung des deutschen Blutes) ehrlich bejaht und sah in ihnen einen Weg zu einer klaren Trennung der beiden Völker - bei Berücksichtigung ihres Eigenlebens (siehe Dokument).

Nach seinen Angaben hat er das GOEBBELS schon gegen Ende 1935 bestätigt. Was mich damals tief bewegte, war die Überlegung, wie schwer das Tragen eines Judensterns für viele werden würde, die nicht solch vorbehaltlos völkischen Standpunkt teilen könnten. Am 28. Oktober 1939 wurde dann die von KARESKI mit empfohlene Maßnahme für das General-Gouvernement befohlen und am 15. September 1941 für das ganze Reich.

KARESKI hielt seinen und seiner Freunde Standpunkt ohne Rücksicht auf Andersdenkende für richtig und würdig. Als die Sprache auf die nichtarischen Christen kam, zuckte KARESKI die Schultern: >Was haben wir uns um Euch Gojims (jüdische Bezeichnung für die Nichtjuden) zu kümmern?< - Er gab außerdem zu, daß die Sonderbestimmungen für jüdische Frontkämpfer nicht zuletzt auf Ansuchen jüdischer Kreise beseitigt worden seien. Das ist mir später auch im Württembergischen Innenministerium amtlich bestätigt worden.

KARESKI machte ferner keinen Hehl aus den Anstrengungen seiner Kreise, die Mischlinge ersten Grades auf dieselbe Stufe wie Volljuden bringen zu lassen.«

Auf Seite 133 heißt es dann bei GOLDMANN weiter: »Andererseits war er (Admiral CANARIS) es, der bei HITLER selbst die Einführung des Judensterns mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchdrückte. Beim SD habe

[1] Erwin GOLDMANN, *Zwischen den Völkern. Ein Rückblick, Erlebnisse und Erkenntnisse,* Cramer Verlag, Königswinter 1975, S. 129-133, auch zitiert in: Udo WALENDY, *Historische Tatsachen* Nr. 10: »Deutsch-israelische Fakten«. Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1981, S. 26.

ich erfahren, daß er das gegen den Rat von Dr. GOEBBELS[2] und vielen anderen maßgeblichen Persönlichkeiten der Regierung, Partei, Wehrmacht und Polizei - selbst unter Mißachtung der Weltmeinung - erreichen konnte. Nachträglich kam ich zu der Überzeugung, daß CANARIS nach all dem, was ich von ihm gehört und gelesen habe, bei seinem Doppelspiel bis 1944 absichtlich die Abscheu der Welt gegen Deutschland geschürt hat. Jedes Mittel, ohne Rücksicht auf etwa Betroffene, war dem Admiral und seinen Gesinnungsgenossen bei ihrem Tun recht. KARESKI und CANARIS haben sich in der Frage des Judensterns aus völlig verschiedenen Gründen und auf völlig verschiedenen Wegen eingesetzt.«

Diese Aussagen Dr. Dr. GOLDMANNS werden von anderer Seite voll bestätigt. In seinem Buch *Die Tragödie der deutschen Abwehr*[3] bringt Karl BARTZ ein Kapitel unter der Überschrift »CANARIS verlangt den Judenstern«.[4] Darin beschreibt er in Einzelheiten aufgrund von Angaben des früheren Chefs des Ministeramts im Propagandaministerium, Staatssekretär GUTTERER, wie der Vertreter der Abwehr, ein Oberst M., in einer der täglichen Konferenzen Dr. GOEBBELS' mit den Abteilungsleitern und Rundfunkintendanten plötzlich die Einführung einer äußerlichen Kennzeichnung der deutschen Juden gefordert habe: »Admiral CANARIS sieht darin (jüdische Spionage und Verbreitung defaitistischer Gerüchte, H.W.) eine große Gefahr, er wendet sich daher mit der Bitte an Sie, Herr Reichsminister, als Gauleiter von Berlin, Maßnahmen zu erwägen, damit zumindest die Juden in Berlin äußerlich gekennzeichnet werden.« Auch sollten die »Juden der Hauptstadt« in »Barakken oder sonstigen Sammelunterkünften« zusammengezogen werden. GOEBBELS lehnte erregt ab, wie auch jeder andere sich zu Wort meldende Teilnehmer an der Konferenz:

»GOEBBELS, der schon während des Vortrags alle Konsequenzen solcher Maßnahmen erfaßt hat, ist einigermaßen erregt... Er unterbricht den Obersten. >Unmöglich! Das ist ein Ding der Unmöglichkeit! Ich kenne meine Berliner! Was wird dabei herauskommen? Ein allgemeines Bedauern und Wehklagen wird einsetzen. Überall wird es heißen: Die armen Juden! und die ganze Aktion wird sich gegen die Bewegung auswirken. Eine Anzahl sensibler Juden wird durch die Kennzeichnung zum Selbstmord getrieben werden, und wir werden im Ausland noch mehr Kredit verlieren.<«[5]

Etwa 14 Tage später wiederholte dort Oberst M. unter Vorlage von Dokumenten CANARIS' Wunsch nach Kennzeichnung der Juden und Kasernierung. Als wieder Ablehnung erfolgte, bat CANARIS bei GOEBBELS um einen Vortragstermin, den er wenige Tage darauf bekam. In Gegenwart von Oberst M. und Staatssekretär GUTTERER betonte CANARIS dann: »Ich möchte zusammenfassend betonen: vom Standpunkt der Abwehr besteht die gebieterische Notwendigkeit, daß die Juden a) gekennzeichnet, b) umgesiedelt werden müssen. Dies unter allen Umständen, weil die Nachteile für das Reich bei

Wilhelm CANARIS (1887-1945).

[2] Joseph GOEBBELS hat »sich intensiv gegen den vom Widerstandskämpfer und gleichzeitigen Chef der deutschen Abwehr Admiral CANARIS geforderten und schließlich durchgesetzten Judenstern gewehrt«: Richard HARWOOD, in *Historische Tatsachen* Nr. 1, »Starben wirklich sechs Millionen?« Historical Review Press, Richmond (England) 1975, S. 18.

[3] Karl BARTZ, *Die Tragödie der deutschen Abwehr,* Pilgram Verlag, Salzburg 1955; Neuauflage: K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1972, S. 95-106.

[4] Ebenda, S. 95-112.

[5] Ebenda, S. 100.

einer Belassung des bisherigen Zustandes viel größer sein werden als die psychologische Belastung, die damit verbunden ist.«[6]

[6] Ebenda, S. 104.

GOEBBELS hatte Bedenken gegen diese Forderungen und setzte deswegen eine Chefbesprechung dazu an, zu deren Vorbereitung sich wenige Tage später führende Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA), der Parteikanzlei, des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unter anderen zur weiteren Behandlung bei GOEBBELS trafen. Unterstaatssekretär LUTHER vom AA wies CANARIS' Wunsch scharf zurück, das RSHA äußerte schwere Bedenken, keiner stimmte CANARIS ZU oder sprach für seinen Vorschlag. Eine Ministerbesprechung fand daraufhin nicht mehr statt.

CANARIS leitete dann seinen Plan HITLER direkt zu, der anschließend die Einführung des Judensterns befahl, die Ghettoisierung der Juden Berlins aber ablehnte. Heute ist wohl überzeugend erwiesen, daß CANARIS schon früh Hoch- und Landesverrat beging und möglichst der Reichsregierung schadende Aktionen einleitete sowie durchführte. Auch dafür bringt BARTZ viele weitere Beispiele.

Der Berliner Historiker Ernst NOLTE beurteilt die Bestrebungen der Zionisten ähnlich und schreibt:[7] »Die >Nürnberger Gesetze< weitgehend ein Versuch der Beschwichtigung gegenüber den radikal antisemitischen Teilen der Partei..., fanden aber grundsätzlichen Beifall unter den Zionisten, die ebenfalls die rechtliche und schließlich die räumliche Trennung von zwei verschiedenartigen Völkern als Ziel hatten.«

[7] Ernst NOLTE, *Die Deutschen und ihre Vergangenheit,* Propyläen, Frankfurt/M. 1995, S. 59 f.

Georg KARESKI, Vorsitzender der zionistischen Organisation in Deutschland, meinte in einem Interview mit der NS-Zeitung *Der Angriff:* »Ich habe seit vielen Jahren eine reinliche Abgrenzung der kulturellen Belange zweier miteinander lebender Völker als Voraussetzung für ein konfliktfreies Zusammenleben angesehen... Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, von ihren staatsrechtlichen Bestimmungen abgesehen, ganz in der Richtung auf diese Respektierung des beiderseitigen Eigenlebens zu liegen. Wenn das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit trotz fehlender Siedlungsgemeinschaft und sprachlicher Einheit bis heute erhalten hat, so ist das auf zwei Faktoren zurückzuführen: seine Rasse und die starke Stellung der Familie im jüdischen Leben. Die Lockerung dieser beiden Bindungen in den letzten Jahrzehnten war auch für die jüdische Seite Gegenstand ernster Sorge. Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefordert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen.« Das Interview erschien im *Angriff* am 23. Dezember 1935. Zitiert auch in: FZ, *Verschwiegene Dokumente,* München [5]1999, Bd. 2, S. 148.

Der Madagaskarplan - eine polnische Initiative

Für alle deutschen Gutmenschen, die Auschwitz als Gründungsmythos der Bundesrepublik betrachten, ist es vollkommen klar, daß im Falle der Judenverfolgungen allein Deutschland entsetzliche Schuld auf sich geladen habe. Doch vor 1939 wurde das Judenproblem in ganz Europa als drückend empfunden, und Dutzende von Staaten schmiedeten Pläne zur Aussiedlung der Juden aus Europa. Schon längst fanden zwischen verschiedenen Staaten Verhandlungen über die Auswanderung von Juden statt, zunächst auf Initiative der Polen, die sich als die ärgsten Befürworter der Parole »Juden raus!« erwiesen. Durch die britischen Antisemiten Henry Hamilton BEAMISH und Arnold LEESE sowie den Niederländer Egon VAN WINGHENE war in der Zwischenkriegszeit der Gedanke einer Abschiebung der Juden nach Madagaskar, das damals eine französische Kolonie war, populär geworden. Die Polen waren es, nicht die Deutschen, die den Plan aufgriffen, auf der Insel Madagaskar vor der ostafrikanischen Küste einen eigenen Judenstaat errichten zu lassen, da Palästina, die Heimat der Juden, seit fast zweitausend Jahren von arabischen Stämmen und Völkern bewohnt war und deshalb nicht in Frage kam.[1]

Während Mitte 1938 die NS-Regierung darüber nachdachte, wie man die im Lande verbliebenen Juden zur Ausreise veranlassen könnte, zogen es mehrere zehntausend Juden mit polnischem Paß vor, trotz der Nürnberger Rassengesetze nach Deutschland zu ziehen, um dort zu leben. Denn im Gegensatz zu Polen bildeten direkte Ubergriffe auf Juden in Deutschland immer noch die Ausnahme. In Polen hingegen wurde in den dreißiger Jahren neben der deutschen besonders die jüdische Minderheit regelrecht terrorisiert, (siehe Beitrag Nr. 128: »Judenpogrome im Polen der Zwischenkriegszeit«) Dabei wurden allein 1935/36 mehr als 1200 Juden verletzt und einige von ihnen sogar getötet. Im Unterschied zum deutschen Antisemitismus, der von oben verordnet war und bei der Bevölkerung wenig Gegenliebe fand, kamen der polnische Deutschenhaß und der Antisemitismus aus der Bevölkerung selbst.

1937 erhielt Polen, das die Emigration der Juden vorantreiben wollte, von Frankreich die Genehmigung, eine dreiköpfige Prüfungskommission nach Madagaskar zu schicken, um Ansiedlungsmöglichkeiten für polnische Juden zu erkunden. Der Kommission gehörten Major Mieczyslaw LEPECKI, Leon ALTER und Salomon DYK an. LEPECKI vertrat die Ansicht, daß 40000 bis 60 000 Juden im Hochland angesiedelt werden könnten, doch ALTER war der Meinung, die Insel böte höchstens für 2000 Juden Platz. Neben der polnischen und der französischen Regierung erwogen auch die britische Regierung und sogar das Joint Distribution Committee QDC), Juden in Madagaskar anzusiedeln.

[1] Kurt ZENTNER, *Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches,* Lingen, Köln o.J., Bd. 1, S. 509 f.

Deutsch-polnischer Konflikt

Die polnische Regierung plante schon seit 1936, die gesamte jüdische Minderheit aus Polen zu vertreiben. Im Herbst 1938 griff der polnische Außenminister BECK zur Selbsthilfe und ordnete an, polnischen Staatsbürgern - gemeint waren die siebzigtausend in Deutschland lebenden polnischen Juden - ab Ende Oktober die Rückkehr nach Polen zu verweigern. Das aber wurde vom NS-Regime als Provokation angesehen. Es dachte nicht daran, den dauerhaften Aufenthalt der zigtausend polnischen Juden in Deutschland zu erlauben. Auf Befehl HIMMLERS wurde die Ausreise polnischer Juden erzwungen. Polen dagegen ließ seine Staatsbürger nicht mehr einreisen, was zu einem Flüchtlingselend im deutsch-polnischen Niemandsland führte.

Jozef BECK.

Herschel GRYNSZPAN, dessen Eltern ebenfalls davon betroffen waren, war mit einem polnischem Paß und einem deutschen Visum wieder aus Deutschland ausgereist. In Frankreich erhielt er keine Aufenthaltserlaubnis, England verweigerte die Weiterreise nach Palästina. Als auch eine Rückreise nach Deutschland nicht mehr möglich war und die französische Regierung ihn nach Polen ausliefern wollte, kaufte er sich einen Revolver und erschoß damit nicht etwa einen Vertreter der hauptschuldigen polnischen Regierung, sondern am 7. November 1938 Ernst VOM RATH, den deutschen Legationsrat an der Botschaft in Paris. Das wiederum führte zum Pogrom vom 9. November 1938 in Deutschland.

Zwischen Polen und der deutschen Regierung kam es schließlich zu einer Einigung. Die im Flüchtlingslager wartenden Juden durften nach Polen zurückkehren. Für die Zukunft sollten aber monatlich nur noch etwa einhundert die Einreiseerlaubnis erhalten. Einige tausend polnische Juden, denen Warschau die Staatsbürgerschaft bereits vor ihrer Ausreise aberkannt hatte, mußten in Deutschland bleiben.

In Polen wohnten mehr Juden als in jedem anderen europäischen Land, mit Ausnahme der UdSSR. Zum Programm des >Lagers der nationalen Einheit<, einer polnischen Spielart des Faschismus, gehörte die Vertreibung aller Juden. Der polnische Außenminister Josef BECK forderte in aller Öffentlichkeit die Millionen Juden auf, aus Polen nach Palästina oder irgendwohin in europäische Kolonialgebiete Afrikas auszureisen. Gleichzeitig wandte sich die polnische Regierung mit dem >Madagaskar-Plan< hilfesuchend an den Völkerbund und forderte, ihr bei der Vertreibung von jährlich einhunderttausend Juden behilflich zu sein. Dabei sollten die Emigranten ihren Besitz und ihr Geld in Polen zurücklassen. Im Gegensatz dazu wollte die NS-Regierung einen Besitztransfer erlauben: Die Auswanderer sollten für ihren Besitz Wertgutscheine erhalten, mit denen sie von Israel aus deutsche Waren hätten kaufen können - wenn London als Protektoratsherr über Palästina das erlaubt hätte.

Auch der britische Botschafter in Warschau war der Ansicht, daß für eine »Lösung der Judenfrage« nur die Auswanderung in Frage käme. Die Regie-

rung in London dachte aber nicht im geringsten daran, den Juden Palästina zu öffnen, und erklärte die Judenfrage bequemerweise zum internationalen Problem, für das sich aber alle anderen Staaten nicht zuständig erklärten.

Neben dem vagen Madagaskar-Plan der Polen, dem die Franzosen wohlwollend gegenüberstanden, erwogen die Engländer, und sie machten auch offiziell über das Zwischenstaatliche Komitee< diesen Vorschlag, jüdischen Auswanderern aus Deutschland die Ansiedlung in Rhodesien und Britisch-Guayana zu gestatten.

Der amerikanische Präsident Franklin D. ROOSEVELT, der bereits 1937 propagandistisch auf Kriegskurs gegangen war, als er in seiner Chicagoer >Quarantäne<-Rede Deutschland zum Schurkenstaat erklärt hatte, der isoliert werden müsse, witterte eine Chance, gegen das Deutsche Reich vorgehen zu können. Im Sommer 1938 berief er eine Konferenz im französischen Evian ein,[2] wo er lediglich über die deutschen Juden sprechen wollte. Als er aber erkannte, daß sich in Evian auf Betreiben der Polen eine große Debatte über das Schicksal der Juden in ganz Osteuropa entwickelte, fand die Konferenz ihr schnelles Ende, mit dem fatalen Ergebnis, daß durch die Anwesenheit von 32 Regierungen die Vertreibung von Juden jetzt international im Prinzip anerkannt worden war. So erkundigte sich ROOSEVELT kurz danach bei MUSSOLINI, ob es möglich sei, osteuropäische Juden in der italienischen Kolonie Äthiopien unterzubringen.

Am 13. November 1938, nur wenige Tage nach der >Kristallnacht<, forderte der einflußreiche schwedische Literaturhistoriker, Journalist und Schriftsteller Fredrik BÖÖK im *Svenska Dagbladet* als Chefredakteur, daß »die Juden zur allgemeinen Befriedigung Deutschland verlassen« müßten und daß »zu diesem Zweck England und Frankreich die Pflicht« hätten, »an der Spitze der Kolonialmächte Land zur Verfügung zu stellen«.

Die polnische Regierung erkannte nun, daß der Weg zur Ausweisung aller polnischen Juden nur über London führen könne. Mit den Gesprächsthemen »Kolonien und Juden« erreichte Außenminister BECK den gewünschten Weg zum polnisch-britischen Bündnis von 1939, das dann in den Zweiten Weltkrieg führte.

Als sich die internationale Lage 1939 verschärfte, wurden die Bemühungen um Aussiedlung abgebrochen und erst 1940 von deutscher Seite wieder aufgenommen, als Frankreich militärisch besiegt worden war. Die Juden sollten selbst zu diesem Zeitpunkt nicht umgebracht werden, sondern auf Madagaskar einen eigenen Staat mit weitgehender Selbstverwaltung aufbauen.i Da man die Juden für geschäftstüchtig hielt, sollte der unter deutscher Aufsicht von Juden betriebene Außenhandel der Insel von einer jüdischen Genossenschaft geleitet werden. Sämtliches jüdisches Kapital im deutschen Machtbereich sollte für Madagaskar zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt war mit deutscher Gründlichkeit in allen Einzelheiten durchdacht, so gründlich, daß es hätte realisiert werden können. Zur Verwirkli-

[2] Es ist bezeichnend, daß die Evian-Konferenz von 1938, die sich mit dem Madagaskar-Plan beschäftigte, weder im *Großen Ploetz* noch im *Vertragsploetz* Bd. 4 A 1919-1959, Konferenzen und Verträge, noch in der *Brockhaus-Enzklopädie* mit einer Silbe erwähnt wird. Selbst in dem Standardwerk von Raul HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* wird Evian nicht erwähnt. Auch das Buch von Uwe Dietrich ADAM, *Judenpolitik im Dritten Reich,* unterschlägt die Evian-Konferenz und das Haavara-Abkommen. Siehe Beitrag Nr. 118: »Die Evian-Konferenz im Juli 1938«.

chung fehlte aber leider neben der Zustimmung der französischen Regierung nur, daß der Krieg beendet wurde. Denn es war unmöglich, über die von Großbritannien beherrschten Meere nach Madagaskar zu gelangen. Eine erfolgreiche Aussiedlung hätte damals das Leben vieler Juden retten können.

Am 25. Mai 1940 schlug HIMMLER die Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie vor. Dies sei noch die beste und harmloseste Methode, wenn man den bolschewistischen Weg der physischen Vernichtung eines Volkes »aus innerer Überzeugung als undeutsch und unmöglich« zurückwies. HITLER war mit HIMMLERS Plänen als neuer politischer Linie einverstanden. Die Abschiebung der Juden in eine afrikanische Kolonie erschien den Nationalsozialisten aus mehreren Gründen immer plausibler. Das beweist auch HITLERS >wiederholter< Befehl, die Lösung der Judenfrage »bis nach dem Krieg« zu verschieben (s. unten). Da beide auf einen raschen Endsieg setzten, rechneten sie auf die Verfügungsgewalt über die französischen Kolonien und die britische Handelsflotte.

Am 18. Juni 1940 informierten HITLER und Reichsaußenminister VON RIBBENTROP auf einer Konferenz über die Zukunft der französischen Kolonien MUSSOLINI und den italienischen Außenminister Graf CIANO über den Madagaskar-Plan. Zwei Tage später unterrichtete HITLER auch Großadmiral Erich RAEDER. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Ausarbeitung des Madagaskar-Plans sowohl im Auswärtigen Amt als auch in der SS betrieben. Als der Madagaskar-Plan in den besetzten Gebieten Osteuropas bekannt wurde, wurde im Generalgouvernement die Gettoisierung der Juden ausgesetzt, desgleichen die Umsiedlung der Juden aus Lodz ins Generalgouvernement, die schon wiederholt aufgeschoben worden war. Nun wollte man die dortigen Juden nach dem Sieg über Großbritannien auf dem Seeweg nach Madagaskar deportieren.

Adolf EICHMANN (1906–1962). Er arbeitete ab September 1934 im Sicherheitsdienst, in der Abteilung >Judenreferat<, deren Leiter er im Oktober 1939 wurde.

EICHMANN leitete umfassende Erkundungen ein und schickte Mitarbeiter ins Hamburger Tropeninstitut und in die französischen Kolonialarchive in Paris. Anfang Juli 1940 traf er sich mit einer Gruppe deutsch-jüdischer Funktionäre, die binnen 24 Stunden die wesentlichen Gesichtspunkte für eine Evakuierung von vier Millionen europäischen Juden bei Kriegsende auflisten sollten. Die Besprechung fand jedoch ein abruptes Ende, als sich die jüdischen Funktionäre ausschließlich für den Bestimmungsort Palästina interessierten, den EICHMANN kategorisch ausschloß.

Mit dem Scheitern der deutschen Offensive gegen Großbritannien im Spätsommer 1940 kam das Vorhaben im September schlagartig zum Erliegen. Aufgrund seiner scheinbaren Folgenlosigkeit ist der Madagaskar-Plan von Historikern oft als Bagatelle oder gar bewußte Irreführung abgetan worden. Doch im Sommer 1940 lag den Nationalsozialisten offensichtlich nichts an einer Strategie der Irreführung.

Alliierte Strategie der Irreführung

Robert Max Wassili KEMPNER, ein Deutschenhasser, arbeitete bei der Vorbereitung des Nürnberger Prozesses (IMT-Prozeß 1945/46) für die Anklageseite. Sein Verhalten bei der Beschaffung von Beweismaterial war höchst fragwürdig. Es gibt mehrere Beweise für die betrügerischen Kniffe, deren sich KEMPNER bei seiner Sammlung von Dokumenten über die »Endlösung« bediente. Die Nürnberger Dokumentenexperten legten routinemäßig »staff evidence analysis sheets« (Blätter zur Analyse des Beweismaterials seitens des Stabs) über die ihnen in die Hände geratenen Dokumente vor, worin sie angaben, wo die Dokumente gefunden worden waren und welche Personen darin erwähnt oder dadurch belastet wurden. Das Blatt zum Dokument 4055-PS, eine Photokopie von Teilen der Dossiers des deutschen Innenministeriums über die >Endlösung<, beweist, daß diese Photokopie vier wichtige Bestandteile bezüglich der Diskussion über die Definition von Juden enthielt. Eines dieser vier Dokumente aus dem Frühjahr 1942 belegte folgenden Sachverhalt: Staatssekretär Franz SCHLEGELBERGER hatte seinen Stab im Justizministerium darüber unterrichtet, daß Dr. LAMMERS, Chef der Reichskanzlei, ihn angerufen hatte, um ihm mitzuteilen, der Führer, Adolf HITLER, habe »wiederholt« befohlen, die Lösung der Judenfrage »bis nach dem Krieg« zu verschieben. Dies paßte KEMPNER ganz und gar nicht in den Kram, und als das Dossier ins Dokumentenzentrum zurückkehrte, war die betreffende Photokopie urplötzlich verschwunden.[3] Jahrelang war der einzige Beweis für seine Existenz die kurze Zusammenfassung im »staff evidence analysis sheet«. Als der Historiker David IRVING KEMPNER aufforderte, die Lücke zu erklären, tat dieser es nicht. Prof. Eberhard JÄCKEL, ein deutscher Historiker, fand dann auf einen Hinweis von IRVING die fehlende Originalseite im Dossier des Reichsinnenministeriums tief im deutschen Bundesarchiv vergraben.

Damit dürfte nachgewiesen sein, daß bis 1940 die sog. »Endlösung« die Abschiebung der Juden ins Ausland beschrieb. Hans Meiser

[3] David IRVING, *Nürnberg. Die letzte Schlacht,* Grabert, Tübingen [3]20 05, S. 113.

Weiterführende Literatur:

Rudolf ASCHENAUER (Hg.), *Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht,* Druffel, Leoni 1980.

David S. WYMAN, *Das unerwünschte Volk - Amerika und die Vernichtung der Juden,* Frankfurt/M. 1989.

Francis R. NLCOSIA, *Hitler und der Zionismus. Das Dritte Reich und die Palästinafrage 1933-1938,* Druffel, Leoni 1989.

Jehuda BAUER, *Freikauf von Juden? Verhandlungen Zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten 1933 bis 1945,* Jüdischer Verlag, Frankfurt/M. [2]1996.

Hans JANSEN, *Der Madagaskar-Plan,* Langen Müller, München 1997.

Die Evian-Konferenz im Juli 1938

Auf polnische Initiative hin, aber ebenso im Interesse Deutschlands und anderer Staaten, sollte das Problem der jüdischen Auswanderung auch auf internationaler Ebene gelöst werden (siehe Beitrag Nr. 117: »Madagaskar-Plan«). Denn Juden waren überall in Europa und auch sonst weitgehend unerwünscht (kein Phänomen des Dritten Reiches).

Deshalb fand vom 6. bis 15. Juli 1938 am französischen Ufer des Genfer Sees in Evian eine Konferenz statt. Vertreter fast aller westlichen Staaten erörterten dort die Organisationsmöglichkeiten jüdischer Auswanderungen aus Polen und dem Dritten Reich. Unter den Delegationen befand sich auch eine zehnköpfige jüdische, zu der unter anderen Golda MEIR und Nahum GOLDMANN gehörten. Im wesentlichen ging es darum, zu ermitteln, ob und wie jüdischen Auswanderern die Mitnahme ihres Vermögens in jedes beliebige Land ermöglicht werden könnte.

Bereits im Sommer 1933 hatte Dr. Chaim ARLOSSAROW als Vertreter der >Jewish Agency for Palestine< mit Berlin über Handelsbeziehungen und Auswanderungsmöglichkeiten für die deutschen Juden verhandelt. Das >Haavara-Abkommen«[1] vom 7. August 1933 schrieb fest, daß deutsche Juden deutsche Industriegüter kaufen konnten, die für einen Aufbau in Palästina benötigt würden, und zwar in Zusammenarbeit mit der Anglo-Palestine-Bank in Palästina. Von dieser erhielt der Jude bei seiner Ankunft palästinensische Zahlungsmittel. Dadurch konnten deutsche Juden ihr Vermögen erhalten. Bis Ende 1936 zahlte die Deutsche Reichsbank sogar die Gelder, die von jüdischen Einwanderern in Palästina für die Erlangung von Zertifikaten benötigt wurden. »Allem Anschein nach waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nazideutschland und der jüdischen Gemeinde in Palästina ausgezeichnet.«[2]

[1] Raul HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* Fischer TB, Frankfurt/M., S. 148.

[2] Ebenda.

Allerdings verhärtete sich in Deutschland wegen des dadurch zunehmenden Devisenabflusses der Widerstand gegen das >Haavara-Abkommen<, doch HITLER blieb bei seinem Kurs, die Juden zur Auswanderung zu bewegen und ihnen diese zu erleichtern. Doch nur die reicheren Juden machten von dem Angebot Gebrauch, die weniger bemittelten wollten nicht nach Palästina auswandern.

Auf der Evian-Konferenz forderte, neben Polen, Deutschland die Auswanderung aller Juden. Im Gegensatz zu Polen aber bot es die Übertragung ihrer pauschal geschätzten Güter an. Dabei ging es von einer Zahlung von drei Milliarden RM aus, die an eine internationale Organisation gezahlt werden sollten, die die Gelder den betreffenden Staaten, je nach Einwanderungszahl, zuteilen würde - alles unter der Voraussetzung, daß mit diesen Staaten, die Juden aufnehmen, langjährige Verrechnungsabkommen abgeschlossen würden, welche die Zahlung in den Bereich des Warenaustausches zwischen Deutschland und diesen betroffenen Ländern übertragen.

London hingegen forderte 1000 Pfund Sterling für jeden jüdischen Auswanderer, die ohne Verrechnungsabkommen oder Warenaustausch sofort zu zahlen seien. 1000 Pfund Sterling entsprachen damals 6000 Dollar oder 28 000 RM je Jude, was für Deutschland völlig unannehmbar war. Denn damit hätte es 12 Milliarden RM aufbringen müssen, also einen gesamten deutschen Jahresetat.

In seinem Buch F*reikauf von Juden*[3] bestätigt Jehuda BAUER, daß die Delegierten aller übrigen Staaten mit allen Mitteln zu verhindern suchten, jüdische Auswanderer aufnehmen zu müssen. Nahum GOLDMANN schrieb dazu in *Das jüdische Paradox*:[4] »Wenn beispielsweise ein Land aufgerufen wurde... dann zählte sein Vertreter sämtliche Gründe auf, aus denen es in seinem Land keinesfalls Platz für jüdische Flüchtlinge gäbe. Die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit waren erschreckend.« Und an anderer Stelle: »Man müßte weit mehr über die Konferenz von Evian schreiben, auf der die unmoralische Haltung der Großmächte gegenüber den Juden überaus deutlich wurde.«

[3] Jehuda BAUER, *Freikauf von Juden,* Jüdischer Verlag, Frankfurt/M. 1996.
[4] Nahum GOLDMANN, *Das jüdische Paradox — Zionismus und Judentum nach Hitler,* Hamburg 1978.

Auf Antrag der USA beauftragte die Konferenz den amerikanischen Rechtsanwalt George RUBLEE, mit Berlin zu verhandeln. Am 27. Dezember 1938 besprachen RUBLEE und der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar SCHACHT dessen Plan, der die Auswanderung der Juden erleichtern sollte. Er fand die Zustimmung HITLERS und sah vor, das jüdische Vermögen unter die Verwaltung eines internationalen Treuhänderkomitees zu stellen, in das auch Juden aufzunehmen seien. Zu den Aufgaben dieses Komitees sollte es gehören, das jüdische Vermögen innerhalb des Deutschen Reiches zu überwachen und dafür zu sorgen, daß es richtig verwaltet werde und erhalten bleibe. Als Sicherheit für dieses Vermögen sollte eine internationale Anleihe in der Höhe von eineinhalb Milliarden RM in Dollarwährung dienen. Sie sollte mit etwa 5 Prozent verzinst und in einem Zeitraum von höchstens 25 Jahren getilgt werden. Dabei müßte die deutsche Regierung Verzinsung und Tilgung in ausländischer Währung garantieren. Die Anleihe hätte dann auf internationalen Märkten zur Emission gebracht und an den internationalen Börsen notiert werden sollen. Außerdem sollte aus diesem Vermögen jeder Jude, der aus Deutschland auswanderte, gleich in welches Land, einen Betrag erhalten, der ihm den Aufbau einer Existenz dort ermöglichte.

Dieser geniale Plan SCHACHTS entkräftete eines der häufigsten Argumente, welches Einwanderungsländer gegen die Aufnahme von Juden vorbrachten: nämlich daß sie keine mittellosen Juden aufnehmen könnten, die ihnen früher oder später zur Last fallen würden.

HITLER ermächtigte SCHACHT, diesen Plan in London vorzulegen. Dort erläuterte SCHACHT seinen Plan dem Gouverneur der Bank von England, MONTAGUE, mit dem er befreundet war. Dieser stimmte zu und ermöglichte SCHACHT Verhandlungen mit dem jüdischen Bankhaus Samuel & Samuel. Nach ausgiebigen Gesprächen lehnte Samuel & Samuel, ohne konkrete Gründe anzugeben, den SCHACHT-Plan ab - möglicherweise deshalb, weil ein jüdi-